Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 162. Donnerstag, den 14. Juli 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Panamerika.

In aller Stille und Gemütlichkeit vollzieht sich drüben in der „Neuen Welt" eine Veränderung, die für das alte Europa von nicht geringer Bedeutung ist. Wir meinen die fortschreitende Verständigung der amerikanischen Republiken untereinander. Diese panamerikanische Bewegung, die auf einen vollständigen Zusammenschluß aller amerikanischen Staaten zu einer gemeinsamen Politik gerichtet ist, kann durch einen Zeitraum von etwa hundert Jahren zurück verfolgt werden. Es ist aber erst seit zwei Jahrzehnten gelungen, festere Anhaltspunkte zu gewinnen. Auf dem vom Staatssekretär Blaine angeregten und 1889 bis 1890 zu Washington abgehaltenen panamerikanischen Kongreß ist ein internationales Bureau der amerikanischen Republiken gegründet worden, das mannigfache Ausgestaltungen erfahren hat. Inzwischen haben noch zwei Kongresse stattgefunden; schon auf dem zweiten waren alle neunzehn amerikanischen Staaten vertreten. Zurzeit findet der vierte panamerikanische Kongreß statt.

In einem jüngst erschienenen deutschen Werk über die panamerikanische Bewegung heißt es: „Die Staatenwelt eines ganzen Kontinents organisiert sich und Europa weiß nichts davon."

Das trifft wohl nicht ganz zu. Der Zusammenschluß der amerikanischen Staaten ist auch als Handelsunion — sogar in erster Linie als solche — gedacht, und da kann man wohl annehmen, daß die panamerikanische Bewegung von der gesamten Handelswelt der andern vier Erdteile mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt wird. Beiläufig ist auch für das Deutsche Reich zu dem gegenwärtigen Kongreß ein Vertreter, und zwar der General von der Goltz, gesandt worden. Wenn sich die allgemeine Aufmerksamkeit nicht auf diese Angelegenheiten gerichtet hat, so kommt dies daher, daß sich der Panamerikanismus noch in den Anfangsstadien befindet und eine eigentliche praktische Bedeutung noch nicht erlangt hat. Es muß aber damit gerechnet werden, daß er in absehbarer Zeit eine solche erlangt, und das wird sehr tiefgehende Wirkungen für die allgemeine Politik mit sich bringen.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten von Amerika eher zustande kommen, als die Vereinigten Staaten von Europa.

Mit einer solchen gewaltigen Organisation wäre eine Machtfülle verbunden, welche den Amerikanern eine Art Weltherrschaft sichern würde.

Bei der Beurteilung dieser Erscheinung dürfen wir nicht übersehen, daß es die herrschenden Klassen der amerikanischen Republiken sind, welche ein solches riesenhaftes Staatenbündnis vorbereiten. Infolgedessen werden auch zunächst die Interessen der Herrschenden dabei in erster Linie gewahrt werden.

Dennoch läßt sich die Bedeutung einer solchen Organisation für die Gesamtheit nicht verkennen. Außer dem handelspolitischen Übergewicht, das die Durchführung des panamerikanischen Gedankens mit sich bringt, wird auch eine neue Grundlage für die künftige Aufrechterhaltung des Friedens in Amerika geschaffen. Wir sagen ausdrücklich: für die künftige Aufrechterhaltung des Friedens, denn namentlich die nordamerikanische Union macht zurzeit eine Periode durch, welche der Aufrechterhaltung des Friedens nicht übermäßig günstig ist.

Man hat betont, daß gerade die panamerikanischen Bestrebungen im Haag bei der Errichtung des Schiedsgerichts von günstigem Einfluß gewesen seien. Das mag sein. Über die Bedeutung der Haager Beschlüsse wollen wir uns hier nicht weiter aussprechen; wir wollen aber betonen, daß uns die Friedensmanifeste des russischen Zaren und die Friedenskundgebungen des Herrn Roosevelt ungefähr gleichwertig erscheinen. Denn dieser „friedliebende" Roosevelt, der es liebt, überall den „schneidigen Kavalleristen" zu markieren, ist das Haupt der imperialistischen Bewegung in der großen Union. Der Imperialismus will die Vereinigten Staaten, deren historischer Ruhm ursprünglich ihre Friedensliebe war, in einen Militärstaat verwandeln und eine Eroberungspolitik vorbereiten. Diese Bewegung muß erst überwunden werden, wenn der Zusammenschluß der amerikanischen Staaten eine gesunde Grundlage erhalten soll. Und sie wird überwunden werden, denn gerade in der großen Union bereitet sich langsam der unvermeidliche, weil natürliche Gegenstoß auf die kapitalistische Anarchie vor, der dieses einst so freiheitsstolze Gemeinwesen verfallen ist. Der Zeitpunkt, wo dort die „kapitalistische Hülle" platzen muß und die „Expropriation der Expropriateure" zur dringendsten Forderung des Gemeinwohles wird, nähert sich, und es ist nicht unmöglich, daß in dieser großen Republik mit dem Sturze der Herrschaft einiger Monopolisten sich zuerst eine neue Produktionsform aus dem gegenwärtigen Chaos herausschält. Damit wird eine imperialistische Politik für immer unmöglich, wie denn jeder Krieg wesentlich ein Produkt der Klassenherrschaft ist und der friedliche Zustand nur dauernd gesichert werden kann, wenn keine herrschende Klasse mehr die bewaffnete Macht als ihr Werkzeug zu gebrauchen vermag. Der Imperialismus bleibt eine Gefahr für den Frieden, auch wenn auf den panamerikanischen Kongressen noch so schöne Worte gewechselt und noch so schöne Resolutionen gedrechselt werden. Die imperialistische Union wird auch in den übrigen nord-, mittel- und südamerikanischen Staaten nur die Unsicherheit fördern, und es werden dort immer wieder jene „Revolutionen" ausbrechen, die nur Raubzüge von einzelnen Koterien der herrschenden Klassen sind. Der Imperialismus wird auch jener scheußlichen Klassenherrschaft, wie sie z. B. in Argentinien gegen die Arbeiter ausgeübt wird, nur förderlich sein.

Sonach fassen wir unser Urteil dahin zusammen, daß dieser von der panamerikanischen Bewegung angestrebte Zusammenschluß der amerikanischen Republiken dann erst seine wirkliche Bedeutung erhalten und segensreich für Amerika werden kann, wenn die imperialistische Bewegung überwunden ist. Daraus ergibt sich auch die ganze unheilvolle Bedeutung der Rolle Roosevelts, der von den herrschenden Klassen Europas so sehr gefeiert worden ist.

Der Einfluß der Union wird immer überwiegend bleiben, wenn dies auch in „staatsmännischer" Weise oft geleugnet worden ist. So wie eine imperialistische Union den ganzen Kontinent unheilvoll beeinflussen kann, so günstig kann der Einfluß einer Union sein, die von dem Despotismus einiger großen Kapitalistengruppen, die sie zu einem Zerrbild gemacht haben, befreit ist. Die Grundlage für die Vereinigten Staaten von Amerika, die jetzt in der Entstehung begriffen ist, kann dann eine unerschütterliche Basis für den dauernden Frieden der Zukunft werden.

Zukunftsträume! wird mancher sagen. Sehr billig! Aber warum soll man nicht einmal über die Gegenwart hinausdenken? Immerhin scheint aus der Gestaltung der Dinge in Amerika hervorzugehen, daß man dem alten Europa vorauskommt, wenn auch erst allmählich, so daß jene pessimistische Auffassung, Europa habe die Führung in der Welt längst verloren, an Berechtigung gewinnt. Die Völker in Europa haben von einem großen, einigen und freien Amerika nichts zu befürchten, sondern im Gegenteil Großes zu hoffen. Zu fürchten haben es nur unsere herrschenden Klassen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die Sammelpolitik des Herrn von Bethmann-Hollweg.

Die „National-Zeitung" erscheint seit dem 1. Juli in neuer Aufmachung und auch wieder unter einer selbständigen Redaktion, nachdem sie längere Zeit lediglich ein Ableger der freikonservativen „Post" gewesen ist. Anscheinend ist das jetzt der letzte Versuch, das nationalliberale Blatt lebensfähig zu machen und dieser Versuch wird noch dadurch unterstützt, daß dem Blatt Informationen von einer Seite zugehen, die der Reichskanzlei nicht allzufern stehen dürfte. Die jüngste dieser Informationen geht dahin, daß der Reichskanzler sehr überrascht gewesen sei über den Eindruck, den das letzte Minister-Revirement in der linksliberalen Presse hervorgerufen habe. Die Behauptung, der Kanzler sei ein Reaktionär und Anhänger des schwarz-blauen Blocks, sei ungerechtfertigt, denn er stehe seiner politischen Überzeugung nach dem rechten Flügel der Nationalliberalen am nächsten. Der Reichskanzler habe sich nur jener Persönlichkeiten entledigt, die seiner Überzeugung nach seinen politischen Absichten hemmend entgegenstanden. Der frühere Minister des Innern von Moltke sei z. B. nur widerwillig an die Wahlrechtsfrage herangegangen und hat sie im Landtag nicht mit entsprechender Schärfe verteidigt. Mit dem Landwirtschaftsminister v. Arnim bestanden Meinungsdifferenzen über die Polenpolitik und v. Rheinbaben ist ausgeschieden wegen persönlicher Verstimmungen zwischen ihm und dem Kanzler. Vor Zusammentritt des Reichstages werde der Kanzler die Führer der großen bürgerlichen Parteien zu sich berufen und mit ihnen über die Lage beraten.

Letzteres hat einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit für sich. Die konservative Presse bemüht sich unausgesetzt, den Nationalliberalen klar zu machen, daß man einen dicken Strich durch die Ereignisse der Vergangenheit machen und sich wieder vertragen müsse. Insbesondere wird auf die Eitelkeit des Abg. Paasche spekuliert, von dem man weiß, wie schwer es ihm geworden ist, auf einen Sitz im Präsidium des Reichstags zu verzichten. Durch den Rücktritt Hohenlohes ist für Paasche Platz geworden, wenn es nur gelingt, seine Fraktion umzustimmen. Den Nationalliberalen ist ihre gezwungene oppositionelle Stellung sehr zuwider und wenn Herr v. Bethmann-Hollweg sie der Ehre einer Rücksprache teilhaftig werden läßt, dann ist es totsicher, daß sie umfallen werden. Die Behauptung, daß der Kanzler dem rechten Flügel der Nationalliberalen nahe stehe, ist ohne Zweifel richtig, denn dieser rechte Flügel ist längst freikonservativ. Gelingt der Plan, sich mit den Nationalliberalen auszusöhnen, dann glaubt man behaupten zu können, daß der Schnapsblock nur ein Phantasiegebilde sei, dem auch nur ein Schein von Wirklichkeit fehle. Ganz so dumm, wie sie ausschaut, wäre diese Kalkulation in der Tat nicht, wenn nicht eben doch der störende Umstand nicht vorhanden wäre, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit den Steuerraubzug noch nicht vergessen hat.

Der Wirtschaftliche Ausschuß,

der im Jahre 1907 gebildet wurde zu dem Zwecke, der Reichsverwaltung für Entscheidungen auf wirtschaftlichem und handelspolitischem Gebiete als sachverständiger, beratender und begutachtender Beirat zu dienen, ist um zwölf Mitglieder verstärkt worden. Der Ausschuß setzt sich jetzt aus 48 Mitgliedern zusammen, von denen die Hälfte aus Mitgliedern der drei Verbände besteht, auf deren Anregung er zurückzuführen ist: des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Deutschen Handelstages und des Deutschen Landwirtschaftsrats. Die anderen 24 Mitglieder werden vom Reichskanzler im Benehmen mit den Bundesregierungen berufen. Die Mitglieder sollen Männer sein, die, wie die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt, vermöge ihres weiten Blickes und ihrer Sachkenntnis geeignet sind, sich über das Einzelinteresse, sei es sachlicher, sei es örtlicher Natur, zu stellen, und das Gesamtinteresse zu wahren, Männer, deren Sachkenntnis und Lebenserfahrung die Gewißheit bietet, daß sie alle in Betracht kommenden Interessen zu würdigen und miteinander in Einklang zu bringen vermögen.

Preußen in Deutschland voran . . . .

Der preußische Kultusminister ordnet durch einen Erlaß an, daß in allen Volksschulen eine dritte Turnunterrichtsstunde einzuführen ist. Damit nun aber keine Vermehrung der Unterrichtsstunden im allgemeinen eintrete, soll der — Deutschunterricht um eine Stunde verkürzt werden.

Diese neue Tat sieht einem preußischen Kultusminister so recht ähnlich.

Freisinnige Wahltaktik.

Einer der pflaumenweichsten fortschrittlichen Politiker, Herr Pachnicke, erörtert im „Tag" die Möglichkeit eines Zusammengehens der Fortschrittler mit der Sozialdemokratie bei Stichwahlen. Er findet, daß einzelne Sozialdemokraten unter vier Augen ganz vernünftige Leute sind, aber die Partei als Ganzes ist ihm ein solcher Graus, daß er entsetzt sagt:

> „Wäre im Reichstag gegen die Konservativen nur noch eine Mehrheit mit der Sozialdemokratie möglich, so hätten wir die schwerste innere Krisis. Den Forderungen, welche die Sozialdemokratie durch die Gunst der Stunde kühn gemacht, dann erhöbe, würde sich der andere Faktor der Gesetzgebung, der Bundesrat, nicht fügen. Er täte vielmehr alles, selbst das gewagteste, um sich einer solchen Zwangslage zu entziehen".

Zu einer klaren Entscheidung kommt Herr Pachnicke trotzdem nicht; er hofft, daß auch künftig alle Parteien bestrebt sein werden, bei den Stichwahlen dem Fortschritt zu Mandaten zu verhelfen. Weshalb dieser eigenartige Fortschrittsmann sich noch immer nicht entschlossen hat, beim rechten Flügel der Nationalliberalen sich seinen Platz zu wählen, ist wirklich schwer zu verstehen.

Arbeiterkandidaturen für die kommenden Reichstagswahlen.

In den Reihen der bürgerlichen Parteien scheint man für die kommenden Reichstagswahlen in vermehrtem Maße Arbeiter als Kandidaten aufstellen zu wollen. Die Nationalliberalen gedenken in Duisburg und Bochum Arbeiter als Kandidaten zu benennen. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften haben von der Fortschrittlichen Volkspartei verlangt, daß in einigen aussichtsreichen Kreisen Arbeiter als Kandidaten aufgestellt werden. Auch die Konservativen haben bekanntlich für die bevorstehende Ersatzwahl in Frankfurt a. O. einen Arbeiter-Kandidaten auf den Schild erhoben. Bemerkenswert dabei ist aber, daß die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, Arbeiterkandidaten bloß in solchen Kreisen aufstellen, in denen an einem glatten Durchfall nicht gezweifelt werden kann. In sicheren Kreisen fällt es den bürgerlichen Parteien garnicht ein, den von ihnen geleithammelten Arbeitern irgend eine Konzession zu machen.

Bassermanns Reichstagskandidatur.

In einem Teil der nationalliberalen Presse ist die Behauptung aufgestellt worden, daß dem Abg. Bassermann die Kandidatur für Saarbrücken durchaus nicht förmlich angeboten worden sei, sondern daß es sich nur um eine ganz unverbindliche Unterhaltung gehandelt habe. Demgegenüber stellt nun die „Nationalzeitung", offenbar von Herrn Bassermann dazu ermächtigt, fest, daß der jetzige nationalliberale Vertreter des Kreises Saarbrücken, Geheimrat Boltz, im Auftrage der nationalliberalen Organisation an den Abgeordneten Bassermann wegen Annahme der Kandidatur für diesen Kreis herangetreten ist.

Der Kreis Saarbrücken ist bei der letzten Wahl von den Nationalliberalen nur mit ganz knapper Mehrheit behauptet worden und auch diese knappe Mehrheit konnte nur durch geradezu beispiellose Wahlbeeinflussung erzielt werden. Wäre der Reichstag anders zusammengesetzt, hätte das Mandat des Abg. Boltz einfach für ungültig erklärt werden müssen. Es hat den Anschein, als ob der Abg. Bassermann das Risiko dieses Wahlschwindels nicht auf sich nehmen will und darüber besteht natürlich gar kein Zweifel, daß der Kreis Saarbrücken von den Nationalliberalen ohne die schäbigste Wahlbeeinflussung nicht zu halten ist.

Wahlhoffnungen des Deutschen Bauernbundes.

Die „Korrespondenz des Deutschen Bauernbundes" sieht den nächsten Reichstagswahlen sehr hoffnungsfroh entgegen. Sie schildert die Aussichten dieser nationalliberal-schutzzöllnerischen Gegenorganisation gegen den Bund der Landwirte wie folgt:

„In Bayern haben wir die bestimmteste Aussicht, die Wahlkreise der Herren Hilpert, Hufnagel und Niederlöhner (also Rothenburg, Ansbach-Schwabach und Dinkelsbühl) für Kandidaten des Deutschen Bauernbundes zu gewinnen, falls nicht der eine oder der andere der Herren zu seinem Heil noch rechtzeitig einsehen sollte, daß er an die Seite des Deutschen Bauernbundes und nicht an die des Bundes der Landwirte gehört. Wir werden im kommenden Winter aber auch auf Niederbayern unser Augenmerk richten. Der Anschluß des bisherigen bayerischen Bauernbundes an das Zentrum wird auf das schärfste von der dortigen Bauernschaft gemißbilligt. Es sind nicht weniger als drei Mandate, die in Niederbayern in Frage kommen. Ebenso sind einige Mandate in Schwaben und in andern Gegenden Bayerns zu gewinnen. In Hannover ist bereits im letzten Winter der Bund der Landwirte völlig in die Defensive gedrängt worden. Herrn Dr. Hahn wird es dann zu verdanken sein, wenn, was nunmehr schon unbedingt feststeht, aus Hannover nicht ein einziger großagrarisch-konservativer Abgeordneter, auch nicht ein einziger von solchen Freikonservativen, die als Gefolgsmannen des Bundes der Landwirte die Bekämpfung des Deutschen Bauernbundes als ihre Pflicht ansehen, in den nächsten Reichstag zieht. Ganz besonders aber sind die Aussichten im Osten günstige für den Deutschen Bauernbund. Der Wahlsieg in Oletzko-Lyck hat direkt befreiend gewirkt. Den Bündlern ist der Schreck derartig in die Knochen gefahren, daß der Provinzialvorsitzende von Ostpreußen, Herr v. Bieberstein, nach gutbeglaubigten Nachrichten schon jetzt einen Agitator für seinen Kreis allein angestellt hat, der dort die schwankenden Wählermassen zurückgewinnen soll. Unendlich viel leichter als in Oletzko-Lyck werden in Sensburg-Ortelsburg die Konservativen zu schlagen sein. Außerdem kommen die Kreise Angerburg-Lötzen, Insterburg-Gumbinnen, Stallupönen-Goldap-Darkehmen, Osterode-Neidenburg und auch der Wahlkreis des Grafen Kanitz, in dem wir zunächst die Agitation unterlassen wollten, den in Angriff zu nehmen uns die zahlreichen Zuschriften aus dem Kreise nunmehr aber doch veranlassen, in Frage. Somit werden den Konservativen in Ostpreußen wohl nur die beiden Wahlkreise mit vorherrschendem Großgrundbesitz verbleiben. In Westpreußen und Posen kann man heute schon mit Sicherheit sagen, daß in ihnen die gesamten bündlerischen Mandate verloren gehen werden."

Zum Schluß betont die „Korresp. des Deutschen Bauernbundes" mit Nachdruck: „Die eine Tatsache steht schon heute fest, keiner der großagrarischen Führer wird den nächsten Reichstag wiedersehen; sie werden alle zur Strecke gebracht werden ohne Ausnahme."

Nun, uns könnte es schon recht sein, wenn diese Prophezeiungen in Erfüllung gingen. Aber so heiß wird vermutlich auch die Bauernbundssuppe nicht gegessen werden, wie sie gekocht ist.

Die Spaltung der Nationalliberalen in Sachsen

ist nunmehr unvermeidlich geworden. Am Dienstag tagte in Chemnitz der nationalliberale Verein, der vor kurzem dem Landtags-Abgeordneten Langhammer ein Vertrauensvotum ausgestellt hatte. In Konsequenz dieses Beschlusses wählte man jetzt einen Langhammer freundlichen Vorstand. Daraufhin konstituierte sich die Minorität als Sondergruppe des nationalliberalen Landesvereins. Ob diese Neugründung vom Hauptverein in Sachsen aber bestätigt werden wird, bleibt immerhin noch abzuwarten; nach den Satzungen des Vereins ist es jedenfalls unzulässig.

Reichsversicherungsordnung.

Die weitere Beratung über die Versicherungspflicht der Dienstboten führt zur Ablehnung des § 468. Unsere Genossen hatten die Streichung beantragt, weil man der Landesregierung gestatten wollte, die Versicherungspflicht für Dienstboten aufzuheben, wenn für den Krankheitsfall durch Landesrecht Fürsorge für die Dienstboten getroffen ist. Diese Befugnis konnte nur zum Nachteil der Dienstboten Anwendung finden und in die Krankenversicherung auch manche Unklarheit einfügen.

Die Kommission ging hierauf zu dem Kapitel Unständige Arbeiter über. Unständige Arbeiter sind solche, die in der Regel nur kurze Zeit bei einem Unternehmer beschäftigt werden, wie es insbesondere vielfach bei den Hafenarbeitern der Fall ist. Bisher waren diese Arbeiter nur dann versichert, wenn es durch Ortsstatut ausgesprochen wurde. Die Vorlage will dem Arbeiter die Verpflichtung auferlegen, die Beiträge selbst an die Kasse abzuführen. Unsere Genossen wollen, daß dem Arbeiter eine Quittung gegeben wird, in die der Unternehmer die Beiträge durch Marken quittiert. Es soll damit eine Beitragsleistung des Unternehmers herbeigeführt werden, da die Vorlage diesem einen Beitrag nicht auferlegt hat, und die Kosten der Krankenversicherung für diese Kategorie von Arbeitern aus Mitteln der Gemeinde decken will. Der Antrag unserer Genossen wurde abgelehnt. Dafür stimmten auch noch die Vertreter der Volkspartei.

Der § 478 will für alle unständigen Arbeiter die Leistungen nach dem niedrigen Ortslohn bemessen. Auf Antrag Hormann (Volkspartei) wurde der Kasse gestattet, den Ortslohn zu erhöhen. Unsere Arbeiter befürworteten auch für diese Arbeiter abgestufte Lohnklassen.

Die Satzungen der Krankenkasse können nach § 483 bestimmen, daß die unständigen Arbeiter, wenn sie von der Beitragsleistung befreit werden, nur Anspruch auf ärztliche Hilfe und freie Medizin haben. Nur unsere Genossen stimmten dagegen und damit gelangte die Vorlage zur Annahme.

Die übrigen Paragraphen wurden unverändert angenommen. Bei dem Kapitel Hausgewerbe entwickelte sich eine längere Debatte, in der insbesondere die Frage der Zugehörigkeit der Hausarbeiter zur Landkrankenkasse erörtert wurde. Beschlossen wurde, in der Regel die Hausgewerbetreibenden der Landkrankenkasse zuzuführen, nur wo heute schon durch Ortsstatut die Versicherungspflicht der Heimarbeiter ausgesprochen ist, sollen sie ferner der Ortskrankenkasse angehören. Unverändert bleibt die Bestimmung, daß die Auftraggeber in der Hausindustrie Zuschüsse zur Kasse bezahlen, die 2 Proz. der Lohnsumme ausmachen, die vom Verleger (Großkaufmann) an den Heimarbeiter gezahlt werden. Zu dem Zweck muß die Lohnliste der Gemeindeverwaltung eingereicht werden.

Hierauf wurde zu dem Kapitel Freie Hilfskassen übergegangen. Die Vorlage läßt nach § 528 nur Kassen zu, die mindestens 1000 Mitglieder haben. Unsere Genossen wollen diese Beschränkung aufheben. Bemerkt sei, daß von diesen Vorschriften die Zusatzkassen nicht betroffen werden. Von der Volkspartei wurde beantragt, die Mindestzahl der Mitglieder auf 250 herabzusetzen. In der Kommission wurde die Absicht der Regierung, neue Kassen nicht mehr zuzulassen, von verschiedenen Seiten bekämpft. Unsere Genossen betonen, daß sie gegen die freien Hilfskassen wären, wenn man die Betriebskrankenkassen aufgehoben hätte, da aber die Einseitigkeit der Organisation nicht durchgeführt wird, ist die Unterdrückung der Hilfskassen ein Unrecht. Die Kommission beschloß, auch fernerhin die Hilfskassen zuzulassen, aber die Voraussetzung ist, daß mindestens 1000 Mitglieder der Kasse angehören.

In den folgenden Paragraphen soll den freien Hilfskassen die Verpflichtung auferlegt werden, die Mitglieder ohne Rücksicht auf das Alter und den Krankheitszustand aufzunehmen. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß mit dieser Bestimmung den Hilfskassen eine schwere Last auferlegt wird, denn es werden sich nunmehr alle Personen, die krank sind, während der Krankheit doppelt versichern und den Hilfskassen zur Last fallen. Diese Einwände führten dazu, eine Änderung herbeizuführen, wonach den Hilfskassen gestattet ist, den Erkrankten die Aufnahme in die Kasse zu versagen.

„Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben!"

Trotzdem die letzten Landtagswahlen in Sachsen unzweideutig den Beweis erbracht haben, daß das Volk in seiner übergroßen Mehrheit von der konfessionellen Volksschule nichts wissen will, trotzdem im Landtage von der gesamten bürgerlichen Linken betont worden ist, daß eine wirkliche Reform des Religionsunterrichts in der Volksschule verlangt wird — unsere Parteigenossen forderten natürlich die konfessionslose Volksschule — soll doch alles beim alten bleiben. Der sächsische Kultusminister Dr. Beck hat das mit dürren Worten ausgesprochen auf der Dresden stattgefundenen Jahreskonferenz der Bezirksschulinspektionen. Der Enzyklika-Rummel, der doch nur von einigen Personen zu hurrapatriotischen Zwecken in Szene gesetzt wurde, muß herhalten, um zu „beweisen", daß 94 Proz. der Bevölkerung von der konfessionslosen Schule nichts wissen wollen. Der Kultusminister sagte wörtlich:

„Hiernach hält die Königl. Staatsregierung an der konfessionellen Volksschule fest. Wenn der Religionsunterricht, wie auch die Lehrerschaft erfreulicherweise wünscht (!), ein wesentliches Unterrichtsfach der Schule bleiben soll, so wird dieser bibel- und bekenntnismäßig zu erteilen sein. Der gesetzliche Zwang der Eltern, ihre Kinder der Schule zuzuführen, schließt die besondere Verantwortung des Staates gegenüber den Eltern auch in bezug auf den Religionsunterricht ein."

Zugeben mußte aber schließlich der Minister, daß der jetzige religiöse Memorierstoff zu umfangreich sei, aber ein ausreichender religiöser Memorierstoff müsse den Kindern mit auf den Weg gegeben werden. Es soll also im großen und ganzen alles beim alten bleiben. Selbst die bescheidenen Wünsche der Lehrer in den Zwickauer Thesen sollen keine Berücksichtigung finden.

Bündlerische Versammlungspraktiken.

Zur Agitation unter den Kleinbauern hielt der Bund der Landwirte am vergangenen Sonntag in Plattscheid, Kreis Solingen, eine „öffentliche politische Versammlung" ab, in welcher der Geschäftsführer Pesch-Köln referierte. Pesch war gleichzeitig Versammlungsleiter und drohte unliebsamen Zwischenrufern — nebenbei gesagt, Mitgliedern der Fortschrittlichen Volkspartei — wiederholt mit Herauswerfen. Zu Beginn der Diskussion setzte er die Redezeit auf 10 Minuten fest, ohne sich an den lebhaften Protesten der Versammlungsteilnehmer zu stören. Einem Genossen, der sich zum Wort gemeldet hatte, um diese Geschäftsführung im eigenen Interesse als erbärmliche Feigheit zu charakterisieren, wurde das Wort verweigert mit der Begründung, es seien nur königstreue Männer eingeladen. Über diese Vergewaltigung der Redefreiheit quittierten die Anwesenden, unter denen sich keine Sozialdemokraten befanden, mit stürmischen Rufen: „Pfui!" und „Gemeinheit!". Man erklärte, im Westen vom Zentrum zwar manches gewohnt zu sein, aber den Gipfel der Schamlosigkeit zu erreichen, bleibe doch anscheinend dem Bund der Landwirte vorbehalten, dessen Mitglieder einen Mann wie Adolf Wagner, der eines Lebens Arbeit in ihre Dienste gestellt, wie einen Schuljungen behandelten.

Wenn das nicht zieht!

Auf der Generalversammlung der westpreußischen polnischen Bauernvereine in Tuchel referierte u. a. der Vizepatron Propst Pelka über das Thema: „In welcher Richtung müssen die Vereine tätig sein und sich entwickeln". Der geschorene Referent war der Ansicht, daß, um die Bauernvereine gehörig vorwärts zu bringen, folgendes nötig sei: 1) die Bestellung einer heiligen Messe für die verstorbenen Mitglieder, 2) eine kleine Apotheke zum Gebrauch für die Mitglieder, 3) das Impfen der Schweine gegen Rotlauf, 4) Zuchtbullen und Zuchteber, 5) das Veranstalten von Vergnügungen mit Lotteriespiel, Gesang, Tanz usw.

Das Durcheinanderwürfeln von heiliger Messe mit Impfen gegen Rotlauf ist wohl noch nicht dagewesen. Wenn das nun nicht hilft!

Die Wünsche der sächsischen Innungsbrüder.

In Meißen tagte am Sonntag und Montag der Sächsische Innungstag. Es wurde u. a. dem Antrage zugestimmt, den Innungen den korporativen Beitritt zu Arbeitgeberschutzverbänden zu gestatten, da die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern heute nicht mehr in den Innungen, sondern in den großen Arbeitgeberverbänden geführt werden.

Ferner nahmen die Herren Stellung zur Reichsversicherungsordnung. Allgemein wurde darauf hingewiesen, daß eine Mehrbelastung des Handwerks nicht erfolgen dürfe. Man solle doch das Beamtentum nicht auf Kosten des Handwerks noch mehr in die Höhe schrauben. Die Einrichtung von Innungskrankenkassen müsse erleichtert und der bisherige Beitragsmodus beibehalten werden, die Kassenvorstands- und Ausschußposten müßten aber paritätisch (Halbierung) besetzt werden. Die Halbierung der Beiträge verfolge allerdings den Zweck, den Terrorismus der Sozialdemokratie in den Ortskrankenkassen zu brechen. — Auch mit der Jugendfürsorge beschäftigten sich die Herren Innungsbrüder. Die Herren betonten die nationale und ethische Aufgabe des Handwerks, wünschen aber mehr Unterstützung und Anteilnahme der „besseren Kreise". Sehr beklagt wurde die Jagd der Sozialdemokratie nach jedem einzelnen Lehrling!

Man ersieht aus diesen Wünschen die ganze reaktionäre Verbohrtheit der Herren Innungsleute, die in den Zwangsinnungen das große Wort führen.

Frankreich.

Die Affäre Rochette vor der Deputiertenkammer. Genosse Jaures hat den neuen kapitalistischen Skandal, die Affäre Rochette, im Parlament zur Sprache gebracht und die Justiz- und Polizeipraktiken, die einer Spekulation dienten, treffend gekennzeichnet. Der Renegat Briand übernahm, wie es sich von selbst versteht, die Verteidigung der kapitalistischen Gauner. Nachdem der Söldling der Hochfinanz geschlossen, beantragte Jaures die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Raynaud brachte eine Tagesordnung ein, die der Regierung das Vertrauen der Kammer ausspricht. Briand erklärte, persönlich sei er gegen die Ernennung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, da ihm aber in der Angelegenheit gewissermaßen Mitschuld vorgeworfen wurde, könne er die Ernennung der Kommission nicht ablehnen. Dagegen widerspreche er dem, daß der Kommission richterliche Befugnisse übertragen würden. Als Tagesordnung nehme er nur die von Raynaud eingebrachte an und mache aus ihrer Annahme eine Vertrauensfrage. Die Tagesordnung Raynaud wurde mit 395 gegen 85 Stimmen angenommen und dann mit 398 gegen 169 Stimmen der Antrag, eine Untersuchungskommission von 33 Mitgliedern zu ernennen, die über die Umstände Klarheit schaffen soll, die der Verhaftung Rochettes vorangingen, sie begleiteten und ihr folgten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 14. Juli.

Achtung, Stukkateure! über das Geschäft von Friedr. Faber in Lübeck ist die Sperre verhängt. Die Kollegen wollen das beachten. Der Vorstand.

Achtung Gewerkschaftsvorstände! Die Karten zum Gewerkschaftsfest werden am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, abends von 8—9 Uhr **nicht** im Bureau des Arbeitersekretariats, **sondern** im Gewerkschaftshaus ausgegeben.

Keine Abendsitzungen des Bürgerausschusses. Der Bürgerausschuß hatte an den Senat das Ersuchen gerichtet, auch die Bürgerausschußsitzungen möchten in die Abendstunden verlegt werden, da viele Mitglieder durch die Morgensitzungen in ihrem Erwerb erheblich geschädigt oder an der Teilnahme an den Verhandlungen verhindert würden. Diesen vernünftigen Gründen hat der Senat sein Ohr verschlossen. In seinem ablehnenden Dekret, das gestern dem Bürgerausschuß zuging, heißt es: Nach Art. 58 der Verfassung finden die regelmäßigen Sitzungen des Bürgerausschusses zur Zeit der Versammlungen des Senates statt. Der Grund dieser Bestimmung ist in dem verfassungsmäßigen Verhältnis des Bürgerausschusses zum Senate zu finden, der in allen für die Bürgerschaft bestimmten Vorlagen auf das Gutachten des Bürgerausschusses angewiesen, die sämtlichen Anträge durch seine Kommissare mit dem Bürgerausschuß besprechen läßt (Verf. Art. 61). Die gleichzeitige Tagung beider Staatskörper ermöglicht einen im allgemeinen Staatsinteresse erwünschten leichten Verkehr, der bis in die neueste Zeit in der Überbringung schleuniger Anträge an den Bürgerausschuß ohne vorherige Ankündigung, wie auch in der sofortigen Rückäußerung des Bürgerausschusses an den Senat und sich daran unmittelbar anschließenden Erklärung des letzteren seinen Ausdruck gefunden hat. Eine Verlegung der Bürgerausschußsitzungen in die Abendstunden würde also die Verlegung auch der regelmäßigen Versammlungen des Senates in die gleiche Zeit zur notwendigen Folge haben. Hiermit könnte sich der Senat nicht einverstanden erklären, wie er denn die empfohlene Änderung in der Sitzungszeit des Bürgerausschusses überhaupt nicht für eine Verbesserung anzusehen vermag. Ganz abgesehen davon, daß, wenn die Versammlungen am Abend abgehalten werden, die Veröffent-

fertigung des Protokolles frühestens auch erst am nächsten Abend erfolgen kann und damit auf die Möglichkeit, die vom Bürgerausschuß begutachteten Anträge noch auf die Tagesordnung der nächsten Bürgerschaftsversammlung zu setzen, wohl verzichtet werden müßte, muß nach Ansicht des Senates entscheidend ins Gewicht fallen, daß nach langjähriger Übung eine Reihe von Behörden ihre regelmäßigen Sitzungen in den Abendstunden abhalten, einer Übung, die vornehmlich in dem erklärlichen Wunsche, insbesondere die Oberbeamten während der Geschäftszeit nicht dem Bureaudienste zu entziehen, wurzeln dürfte. Dazu kommt nun aber die immer mehr anschwellende Zahl der Kommissionen, die, falls die Abendzeit noch mehr, als es gegenwärtig schon durch so viele andere Versammlungen geschieht, in Anspruch genommen werden sollte, zum Teil jedenfalls genötigt sein würden, ihre Beratungen auf die Vormittagsstunden zu verlegen. Hiernach gibt der Senat dem Bürgerausschuß zu erkennen, daß er dem Ersuchen vom 19. Januar d. J. keine Folge zu geben vermag. — Die Konsequenz dieser Auffassung des Senates kann nur sein, entweder den Bürgerausschußmitgliedern angemessene Diäten zu zahlen oder in den Bürgerausschuß — wie das früher der Fall gewesen sein soll — Beamte und Rentiers zu entsenden, die nichts zu versäumen haben. Letzteres würde am allerwenigsten im Staatsinteresse liegen.

Soll eine wichtige städtische Angelegenheit übers Knie gebrochen werden? Fast scheint es so bezüglich der Anträge der Theaterbehörde, die als Nachbewilligungen für die verflossene Spielzeit recht erhebliche Summen verlangt und weiter ohne eingehende Prüfung die Anstellung eines schon ernannten neuen Direktors fordert. Ein Antrag unseres Genossen Pape, die Beratung der Vorlage wenigstens bis zur nächsten Sitzung zu vertagen, wurde vom Bürgerausschuß abgelehnt; dasselbe Schicksal erfuhr ein Antrag auf kommissarische Prüfung. Diese plötzliche unheimliche Eile kommt uns beinahe verdächtig vor.

Die Riesen-Nachforderungen zum Theaterneubau, der bekanntlich schon seit bald zwei Jahren fertig ist, sollen jetzt unter Assistenz eines auswärtigen Sachverständigen von der dazu eingesetzten Bürgerausschußkommission geprüft werden. So beschloß gestern der Bürgerausschuß. Für den Staat werden dabei sicherlich nur weitere Mehrkosten herauskommen; selbst dann, wenn es gelingt nachzuweisen, daß bei einzelnen Positionen früher hätte gespart werden können. Die Gelder sind ja schon verbraucht!

Zum provisorischen Theatermagazin soll das Haus Fischergrube Nr. 17 hergerichtet und deshalb staatlicherseits zum Preise von 29 500 Mk. von seinem bisherigen Besitzer, dem Bäckermeister Dose angekauft werden. Die notwendigen baulichen Veränderungen werden 4500 Mk. kosten. Der Bürgerausschuß sprach sich in seiner gestrigen Sitzung gutachtlich für einen diesbezüglichen Senatsantrag aus. Es stellt sich immer mehr heraus, daß unser kostspieliges neues Stadttheater an den verschiedensten Mängeln krankt, die wohl in erster Linie eine Folge der ungünstigen Platzverhältnisse sind.

Militärjustiz. Zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt wurde vom Kriegsgericht der 17. Division hierselbst der Musketier Stoffer der 7. Kompagnie des Infanterie-Regiments Lübeck. Mit einem anderen Soldaten, der noch nicht gefaßt zu sein scheint, desertierte er, um gleich auf verbrecherische Taten auszugehen. Er erbrach das Bootshaus der Lübecker Rudergesellschaft, legte hier seine Uniform ab und stahl sich andere Kleider. Er wollte dann nach Holland flüchten. Unterwegs fristete er sein Leben durch verschiedene Einbruchsdiebstähle. Er wurde schließlich gefaßt und nach hier gebracht. In der Verhandlung spielte er den wilden Mann. Er beschimpfte die Mitglieder des Kriegsgerichts und wollte sogar gegen den die Anklage vertretenden Kriegsgerichtsrat tätlich werden. Er wurde deshalb gefesselt und dann die Verhandlung weitergeführt. Stoffer war schon im seinem Zivilleben vorbestraft und diente als Soldat zweiter Klasse. Wegen der erneut begangenen Verbrechen und der Beleidigung des Gerichtshofes erhielt er 6 Jahre Zuchthaus. — Der Verteidiger wird gegen dieses furchtbare Urteil Berufung einlegen, da nicht ausgeschlossen erscheint, daß Stoffer geisteskrank ist.

Umtausch der Quittungskarten der zum Militärdienst ausgehobenen Versicherten. Den zum aktiven Militärdienst ausgehobenen versicherungspflichtigen jungen Leuten ist dringend zu empfehlen, ihre Quittungskarte für die Invalidenversicherung kurz vor dem Rekruteneinstellungstermin umzutauschen, auch wenn die Gültigkeitsdauer der Karten noch nicht abgelaufen sein sollte. Es wird hierdurch verhütet, daß die Karten, die mit ihrer mehr oder weniger großen Markenzahl einen besonderen Wert besitzen, während der Militärdienstzeit verlegt werden oder sonst in Verlust geraten. Die mit der Ausstellung und dem Umtausch der Quittungskarten beauftragten Stellen werden gebeten, die in Frage kommenden Versicherten bei passender Gelegenheit auf vorstehenden Hinweis aufmerksam zu machen. Folgekarte ist in jedem Falle auszustellen.

pb. **Diebstahl.** Am Sonntag, dem 10. ds. Mts. gegen Abend ist in einem Lokal in Israelsdorf eine Handtasche aus grünem Leder, die ein grünes Lederportemonnaie mit 4,50 Mark, 1 goldenen Siegelring ohne Stein, 1 weißes Taschentuch und einen Schlüssel enthielt, abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Verhaftungen.** Festgenommen wurde in Behlendorf ein Arbeiter, der seitens der Großherzoglichen Amtsanwaltschaft in Grevesmühlen steckbrieflich verfolgt wird. — Festgenommen wurde ein Handlungsgehilfe von hier, der mittels gefälschter Rechnungen hiesige Reedereien und Schiffsmaklerfirmen nicht unerheblich schädigte.

pb. **Wer sind die Eigentümer?** Bei in Hamburg festgenommenen Einbrechern wurden unter anderen Sachen folgende Trauringe gefunden, deren Eigentümer noch nicht ermittelt werden konnten: 1 Trauring gez. A. W. 1886, 1 gez. H. H., 1 gez. O. M. 8. 9. 01, 1 gez. A. H. 1909, 1 gez. 29. 7. 94 Boy Boysen, 1 gez. 28. 3. 1902 E. Spangenberg, 1 gez. M. M. 30/4. 01, 1 gez. E. H. 14. 3. 92, 1 gez. E. E. 1896, 1 gez. Andrea Hansen, 11. 4. 09, 1 gez. E. B., 1 gez. A. Wendt, 14. 2. 09, 1 gez. S. W., 1 gez. L. O., 1 gez. D. M. 1890, 1 gez. v. Aspern 15. Januar 1906, 1 gez. Ida Kellner, 25. Nov. 1824, 1 gez. W. v. W., 1 gez. Joh. Kruse 11. 4. 09, 1 gez. H. P. 1805, 1 gez. A. Schwager, 28. 3. 02, 1 gez. D. Schnoor 25. 12. 91.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Freitag geht neu einstudiert das Schönthan-Kadelburgsche Lustspiel: „Die berühmte Frau" in Szene. Wer einmal herzlich lachen will, versäume nicht den Besuch dieser Vorstellung. Die volkstümliche Sonnabend-Vorstellung bringt zum ersten Male eine Operette und zwar „Die Geisha". Den Kalma singt wieder der Gast Herr Willi Bonin, der auch noch im 3. Akt als Einlage das Lied „Ob sie mich liebt?" von Paul Linke zum Vortrag bringt. Die Preise sind auf 75 und 50 Pfg. ermäßigt. Sonntag, am 1. Volksfesttag, findet als Fremden-Vorstellung eine nochmalige Wiederholung von „Madame Sans Gene" statt.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet umständehalber nicht am Freitag, dem 21. Juli, sondern schon am morgigen Tage, Freitag, den 14. Juli, abends von 5—8 Uhr im Lokale des Herrn Pinkert „Gasthof Transvaal" statt.

Travemünde. Liebet eure Nächsten! Man schreibt uns: Am Sonnabend morgen wurde Frau Heine in Rönnau mit ihren Kindern im Alter von 4 und 3 Jahren sowie einem Säugling von 10 Wochen, während ihr Mann auf der Arbeit war, aus der bisher von ihr innegehabten Wohnung gewiesen. Die Sachen wurden im Spritzenhaus untergebracht. Der Schutzmann aus Travemünde sagte der armen Mutter, sie könnte diese Nacht in Travemünde ein Obdach finden; die Frau hat das dann auch am Sonnabend bekommen. Am Sonntag morgen wurde Frau Heine mitgeteilt, daß sie die folgende Nacht kein Obdach mehr erhalte, worauf die Frau mit den drei kleinen Kindern, welche alle barfuß und barhäuptig sind und so wie ihre Mutter kein Hemd anhaben, den ganzen Sonntag an dem Teutendorfer Weg lagen und nur von mitleidigen Menschen etwas zu essen bekamen. Am Abend ging die Frau mit ihren Kindern wieder nach Travemünde, um sich obdachlos zu melden. Sie wurde aber abgewiesen mit den Worten: Gehen Sie zum Ortsvorsteher, der muß Sie behalten. Aber der Ortsvorsteher sträubte sich heftig und wollte sie nicht behalten. Nur dem Umstand, daß zwei Frauen aus dem Dorfe mitgegangen waren, weil Frau Heine mit ihren Kindern matt zum Umfallen war, hatte die Ärmste es zu verdanken, daß sie im Spritzenhaus Unterkunft fand. Aber leider war das besagte Häuschen so voll, daß man erst ein paar Sachen raus setzen mußte, worauf die Kinder dann unter der Spritze auf den Steinen hingelegt werden konnten. Die Frau mit dem ganz kleinen Kinde aber mußte sich in einer Ecke hinhocken, da kein Platz zum liegen mehr vorhanden war. Am andern Tage wurde Frau Heine mit ihren Kindern dreimal von Rönnau nach Travemünde geschickt, bis sie am Abend, nachdem der Ortsvorsteher sie erst wieder ausgescholten hatte, in dem sogenannten Backhaus, das als Hühner-, Schaf- und Holzstall benutzt wird und kein ordentliches Dach, kein heiles Fenster besitzt — die Hühner wurden erst aus dem einen Loch hinausgejagt und ein wenig Stroh hingeworfen — Unterkunft fand. Auch trotz dringender Bitten seitens der Frau wurde ihr vom Ortsvorsteher nur einmal Nahrung für die Kinder gereicht. — Soweit die Zuschrift, die erkennen läßt, daß wir in der besten und christlichsten aller Welten leben. Liebt euren Nächsten. Wer zween Röcke hat, der gebe dem, der keinen hat! So wird gepredigt. Damit vergleiche man vorstehenden Vorfall.

Selmsdorf. Der Herr Baron verbietet es! so lautete die Anrede eines Beamten aus Schönberg, die am gestrigen Tage bei der Beerdigung eines Mitgliedes vom Fabrikarbeiter-Verband, welche unter Mitnahme der Fahne in Selmsdorf erfolgte, den Teilnehmern am Trauerzuge ward. Am Sonntag starb das Mitglied des Fabrikarbeiter-Verbandes Wilhelm Kolz in Selmsdorf; sein letzter Wunsch auf dem Krankenbette war, die Kollegen möchten ihn mit der Gewerkschaftsfahne nach seiner Ruhestätte begleiten. Dem wurde gerne entsprochen, und die Ortsverwaltung unternahm Schritte bei den Mitgliedern wegen der Beteiligung am Gefolge. Der Bruder des Verstorbenen, der ebenfalls Mitglied desselben Verbandes ist, versuchte dieses nun zu hintertreiben, indem er sich gemeinschaftlich mit seinem in Sülsdorf ansässigen Schwager an die Behörde in Schönberg wandte, um zu erwirken, daß die Fahne nicht zur Ruhestätte des Verstorbenen getragen würde, denn nach ihrem Ausspruch sollte es kein sozialdemokratischer Leichenzug sein. Es wurde denn auch schnell noch ein Beamter von Schönberg dem Selmsdorfer zugesellt. (Der Selmsdorfer Beamte hätte doch wohl vollständig ausgereicht, denn die dortigen Arbeiter sind friedliebende Menschen.) Als der Zug nun im besten Tempo war, wurde ihm Halt geboten. Die Selmsdorfer Ortsverwaltung, die als Führer des Zuges anwesend war, antwortete kühl: Wir sind jetzt im Anzug zur Leichenfeier, wir lassen jetzt nicht mit uns reden. Wenn die Beerdigung ihr Ende erreicht hat, dann wollen wir gerne Rede und Antwort stehen. Der Beamte fühlte es jedoch als seine Pflicht, die Betreffenden zu notieren und somit mußten es sich 19 Mitglieder gefallen lassen, ins Stammbuch eingetragen zu werden. Hierauf konnte der Zug weiter marschieren. Die Trauerfeier verlief trotz des Vorgehens des Bruders und Schwagers in der feierlichsten und würdigsten Weise; ein Beweis, daß die Arbeiter wohl verstehen ihre Toten zu ehren.

Hamburg. Streik der Modelltischler in Hamburg-Altona und Umgegend. Die bei den Kleinmeistern und in den Modellfabriken von Hamburg-Altona und Umgegend beschäftigten Modelltischler reichten am 7. Juli folgende Forderungen ein: 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt neun Stunden. 2. Der Mindestlohn beträgt 65 Pfg. pro Stunde, für Junggesellen unter 20 Jahren 60 Pfg. pro Stunde. 3. Auf die zurzeit bestehenden Löhne erfolgt ein Aufschlag von 10 Proz. 4. Überstunden werden nur in dringenden Fällen gemacht und nach folgenden Sätzen vergütet: Für die ersten zwei Stunden nach beendeter regulärer Arbeitszeit 33⅓ Proz., darüber hinaus, für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit 50 Prozent Aufschlag pro Stunde. 5. Bestehende bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden. Die Arbeitgeber glaubten, die Arbeiter mit einer nichtssagenden Antwort zu vertrösten mit dem Versprechen, nach dem Stattfinden der Meisterzusammenkunft unserer Organisationsleitung die getroffene Entscheidung mitzuteilen. Die Zusammenkunft der Meister fand am Sonnabend, 9. Juli, statt. Den Arbeitern resp. der Organisationsleitung eine Mitteilung zukommen zu lassen, haben die Herren bis heute verschmäht. Am Dienstag morgen legten sämtliche Kollegen einmütig die Arbeit nieder. Über die Betriebe der Kleinmeister und über die Modellfabriken von Hamburg-Altona und Umgegend ist vom 12. d. M. ab die Sperre verhängt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Altona. Eine beispiellose Roheit. Die Polizeihundbewegung macht Fortschritte. Kürzlich fand in Altona-Bahrenfeld hinter der Rennbahn anläßlich der landwirtschaftlichen Ausstellung in Hamburg eine Prüfung der Polizei- und Schäferhunde statt. Über diese Prüfung finden wir in der P. H. V. (Polizeihund-Verein) Zeitschrift, Organ des Verein zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden, Nr. 19, vom 5. Juli 1910 einen von Dr. Otto Kulka unterzeichneten Bericht, dem wir folgende Mitteilungen entnehmen:

„Am Preisrichtertisch saßen der Vorsitzende des SV., Rittmeister a. D. von Stephanitz, Major Klein, Herr Haase nebst Frau und Schoßhündchen und einige Herren, die nichts mit dem Preisrichteramt zu tun hatten. Es sollte zuerst die Nasenarbeit der Hunde gezeigt werden, und zwar Verbellen einer Person, die sich versteckt hat. Dazu wurden nun Kinder eines Erziehungs- oder Waisenheimes unter Führung ihres Anstaltsvaters (Herr Schmalfeld) verwendet! Es war diesen Kindern nicht der geringste Schutz am Körper gegeben.

„Tatsächlich wurde bald zu Anfang der Vorführung ein Kind in den Oberschenkel derart gebissen, daß eine zirka 4 Zentimeter lange blutende Wunde vorhanden war; Verbandzeug war auch nicht am Platze; so daß ein Altonaer Schutzmann per Rad es erst holen mußte. . ."

Man möchte es kaum für möglich halten, daß einer Anstalt zur Erziehung anvertraute Kinder als Versuchsobjekte für Polizeihunde betrachtet werden! Diese Verwendung offenbart ein Maß von Roheit, für das ein entsprechender Ausdruck kaum gefunden werden kann. Außerdem wirft diese Verwendung der armen Kinder auf die Erziehungspraktiken, denen sie in der Anstalt ausgesetzt sind, ein grelles Schlaglicht und es muß öffentlich die Frage aufgeworfen werden: Welche Behörde trägt die Verantwortung für solche Zustände? Die armen Kinder sind aufs tiefste zu bedauern, die in die Hände von Erziehern gegeben sind, die sie zu Versuchsobjekten für Polizeihunde machen! Es ist wohl selbstverständlich, daß die Staatsanwaltschaft, nachdem sie von diesem empörenden Vorgang Kenntnis erlangt hat, gegen die schuldigen Urheber des verbrecherischen Mißbrauchs hilfloser Kinder einschreitet. Höchst sonderbar ist allerdings, daß Polizeihauptmann Klaeber, der nach einer Mitteilung Dr. Kulkas alsbald nach dem Vorfall auf dem Schauplatz, der hundsföttischen Übung erschienen ist, anscheinend noch nichts getan hat, um die Sache zur gerichtlichen Sühne zu bringen. Der Umstand, daß die Polizeibehörde selbst Veranstalterin des Treibens und einige „vornehme" Herrschaften als Zuschauer dabei gewesen sind, kann doch unmöglich als Vorwand dienen, daß die Schuldigen an diesem Roheitsakt, insbesondere der würdige Anstaltsvater, straflos ausgehen! Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben an den Magistrat zu der heute, Donnerstag, stattfindenden Kollegiensitzung folgende Interpellation gerichtet:

„Ist es richtig, daß für die Prüfungen der Polizeihunde Kinder des Baurschen Rettungshauses verwendet werden, die als Versuchsobjekte für die Polizeihunde zu dienen bestimmt sind? Ist bei diesen Vorführungen ein Kind in den Oberschenkel derart gebissen, daß eine zirka 4 Zentimeter lange blutende Wunde vorhanden war? Welche Behörde trägt die Verantwortung für die Verwendung der Kinder für derartige Zwecke?

Wandsbek. Einen internationalen Streikbrechernachweis unterhält eine Stellenvermittlerin, namens Auguste Müller, in Wandsbek. Sie versandte in letzter Zeit folgenden Empfehlungsbrief: „Durch die heutige Lage und das Vorgehen der organisierten Arbeiterschaft hat sich obiges Bureau zur Aufgabe gemacht, bei vorkommenden Streiks und Aussperrungen den Herren Arbeitgebern Personal in jeder gewünschten Anzahl sofort zur Verfügung zu stellen. Das Institut ist durch seine weitverzweigten Verbindungen in der Lage, in einem Zeitraume von 8 Tagen 8000 Leute zu stellen. Eine Streikbrechertruppe von 400 Leuten, worunter sich über die Hälfte Handwerker, als Schlosser, Dreher und Schmiede, befinden, kann auf telegraphische Order sofort nach einem streikdrohenden Etablissement dirigiert werden. In einem Zeitraume von zwei Jahren ist es gelungen, 40 größere Streiks mit 5000 Leuten zu besetzen. Auskunft über Streikangelegenheiten kostenlos. Entfernung kommt nicht in Betracht." Jeder Kopf dieser Sorte von Menschen, die sich von der Wandsbeker Müllerin verschachern lassen, kostet 5 bis 20 Mark. Mehr Geschäftssinn und moralische Verwilderung kann man wahrlich nicht miteinander verbinden, wie es aber auch billigerweise der Kundschaft dieser ehrenwerten Dame ganz besonders ehrenvoll zu Gesicht steht, die deutsche Kultur um einen Schandfleck mehr bereichert zu haben.

Kiel. Kein nationalliberal-bündlerisches Abkommen. Die „Nationalliberale Korrespondenz" bezeichnet die Nachricht, daß zwischen dem Bund der Landwirte und den Nationalliberalen in Schleswig-Holstein ein Bündnis für die nächsten Reichstagswahlen zustande gekommen sei, als unzutreffend. Die Taktik sei bereits im Dezember v. Js. festgelegt und in der Sitzung vom 3. Juli nicht geändert worden. — Was an diesem Dementi wahr ist, wird sich ja herausstellen.

Kiel. Preßprozeß. Vor der Kieler Strafkammer hatte sich der verantwortliche Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volksztg.", Genosse H. Brecour, zu verantworten, weil er die Unteroffiziere der sächsischen Armee beleidigt haben sollte, indem er sie als „Stellvertreter Gottes" bezeichnete. Die Beleidigung wurde in einem Artikel in Nr. 67 gefunden, in dem ein Urteil des Kriegsgerichts in Dresden gegen einen Matrosen kritisiert wurde. Vom Genossen Brecour und seinem Verteidiger wurde ausgeführt, daß mit dem Ausdruck „Stellvertreter Gottes" lediglich zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß der Geist und die Anwendung des Militärstrafgesetzbuches bei Vergehen Untergebener gegen Vorgesetzte in letzteren das Gefühl erwecken muß, als seien sie Stellvertreter Gottes. Diesem schloß sich auch das Gericht an und es erkannte auf Freisprechung. Der Artikel enthalte wohl eine giftige, scharfe Kritik, es sollte aber nur das System getroffen und nicht die Unteroffiziere beleidigt werden. Der Ausdruck solle bedeuten, daß die Kriegsgerichte die Unteroffiziere für Stellvertreter Gottes halten, indem sie gegen Untergebene harte Strafen verhängen, Vergehen der Vorgesetzten aber milde beurteilen. — Damit hat eine anscheinend auf höhere Weisung eingeleitete Staatsaktion ein klägliches Ende genommen. Nicht weniger als vier Anklagen erhielt die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" wegen des Ausdrucks „Stellvertreter Gottes". Von den verschiedensten Militärkommandos war Strafantrag gestellt. Nur in einem Falle erfolgte Verurteilung zu 60 Mk. Geldstrafe. In einem anderen Falle wurde das Verfahren eingestellt und in zwei Fällen erfolgte Freisprechung. — Zum Mord am Knooper Weg in Kiel. Am 7. Januar 1908 wurde die Frau des Malers Bandholz in ihrer Wohnung am Knooper Weg erschlagen, dann vom Täter mit Petroleum übergossen und angezündet. Mehrfach sind der Tat Verdächtige verhaftet worden, aber stets stellte es sich heraus, daß man einen Unschuldigen gefaßt hatte. Jetzt hat sich im Zentralgefängnis zu Neumünster der Strafgefangene Hänisch vorführen lassen und die Erklärung abgegeben, daß er der Verüber des Mordes sei. Es sind unverzüglich Ermittelungen eingeleitet, um festzustellen, ob die Angaben des Hänisch, dem angeblich sein Gewissen keine Ruhe gelassen hat, auf Wahrheit beruhen.

Grabow. Herrenstandpunkt. Die Schiffszimmerer und die Hilfsarbeiter beschlossen in einer Betriebsversammlung, für die Hilfsarbeiter einen einheitlichen Lohn von 32 Pfg. pro Stunde zu fordern. Am vorigen Donnerstag trugen die Vertrauensleute dem Besitzer der Werft die Wünsche der Arbeiter vor. Am Sonnabend erhielten darauf sämtliche organisierten Kollegen ihre Entlassung. Über die Schiffswerft ist deshalb die Sperre verhängt worden.

Briefkasten.

H. Fick. Bin Sonnabend abend zu sprechen.

Ein treuer Abonnent. H. van Grootheest, Johannisstraße 15, W. Haake, Fischstraße 29, Zimmermann, Königstraße 48, Ewers u. Miesner, Moislinger Allee.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schmartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Sie haben recht,

verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann ausdrücklich

MAGGI's Bouillon-Würfel zu 5 Pfg.

denn der Name MAGGI und die Schutzmarke Kreuzstern bieten Garantie für vorzügliche Qualität.

Vom 15. bis einschließlich 28. Juli

Saison-Ausverkauf

In allen Abteilungen

enorme Preisermäßigungen.

Rudolph Karstadt.

Brennabor
Das beste Rad!

H. A. Hill Nachfl.
Walter Schmidt
Reparatur-Werkstatt
Johannisstrasse 9.

Neue Kartoffeln
a Ztr. Mk. 3.50 empfiehlt
Adolf Prüß,
Hartengrube 20. Fernruf 2387.

Das Ungeheuer kommt.

Gebr. Hirschfeld, Lübeck, Breitestr. 39-41.

Am Freitag, dem 15. Juli:

Beginn des diesjährigen

Sommer-Ausverkaufs.

Total-Räumung der gesamten Läger in:
Damen-, Mädchen- und Kinder-Konfektion

zu enorm billigen herabgesetzten Preisen

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 162. Donnerstag, den 14. Juli 1910. 17. Jahrg.

Pfaffenwirtschaft.

Am Sonnabend begann vor dem Schwurgericht in München die Verhandlung gegen die 31 Jahre alte Näherin Marie Trautsch, der Geliebten des flüchtig gegangenen katholischen Pfarrers Joseph Scheuer von Kolbumoor, wegen zweier Verbrechen des Meineids, die sie auf Anstiftung des Pfarrers am 26. Januar und 23. Februar d. J. vor dem Schöffengericht Aibling begangen hat.

Die Angeklagte Trautsch, die sich in Untersuchungshaft befindet, gab in ihrem Verhör an, daß sie mit 20 Jahren mit einem Elsässer ein Verhältnis hatte und mit diesem nach Paris gegangen sei, wo sie sich fünf Jahre aufgehalten habe. Als sie dann wieder nach Hause gekommen sei, sei Pfarrer Scheuer schon dagewesen. Bei einer Christbaumfeier sei sie dann mit dem Pfarrer näher bekannt geworden, der Pfarrer habe für sie Interesse gezeigt und sie in den Pfarrhof eingeladen; sie selbst hatte aber keine schlechten Gedanken gehabt. Sie habe dann mit dem Pfarrer einen Ausflug gemacht, wobei der Pfarrer zum erstenmal seine Absichten durchblicken ließ. Von da ab sei sie dem Pfarrer aus dem Wege gegangen. Da ihr Scheuer deshalb Vorwürfe gemacht habe, habe sie ihre Besuche im Pfarrhofe wiederholt und habe dann im April 1907 mit dem Pfarrer zum erstenmal intim verkehrt. Ihre Mutter habe von diesem Verkehr nichts geahnt. Im Januar 1908 fühlte sie sich Mutter, sie machte dem Pfarrer davon Mitteilung, dieser aber wollte es nicht glauben, dann aber redete ihr der Pfarrer zu, zu sagen, sie wisse nicht, von wem das Kind sei; sie solle nur sagen, sie habe mit mehreren Männern Umgang gepflogen. Vor dem Vormundschaftsgericht gab sie den Photographen Loeben als Kindsvater an. Pfarrer Scheuer gab ihr nach der Geburt 300 Mk. Einer Freundin habe sie im Vertrauen erzählt, daß nicht Loeben, sondern Pfarrer Scheuer der Vater ihres Kindes sei. Diese habe dann das Geheimnis ausgeplaudert. Scheuer habe dann den christlich organisierten Arbeiter Bimonte wegen Beleidigung verklagt. Sie sei als Zeugin geladen gewesen. Damals habe ihr Scheuer noch nicht zugemutet, die Unwahrheit zu sagen. Im Prozeß gegen den Gastwirt Sperber, fürchtete Scheuer, daß sie als Zeugin vernommen werden könnte, und gab ihr deshalb den Rat, nach Augsburg zu reisen, was sie auch tat. Scheuer schrieb ihr nach Augsburg, seine Ehre sei vollständig gerettet, er müsse jetzt nur noch Oberhauser verklagen. Später schrieb ihr Pfarrer Scheuer ausführlich, was sie im Prozeß Oberhauser aussagen solle. Die Angeklagte schildert dann die Zusammenkunft mit Scheuer, der ihr vormachte, er als Geistlicher wisse am besten, was sie tun dürfe. Er sagte, sie tue recht, wenn sie in diesem Falle einen Meineid schwöre, sie bringe dadurch der Religion ein Opfer, in diesem Falle gelte das Gesetz nicht. Scheuer habe auch die Briefe, die sie an verschiedene Leute schrieb, verfaßt, um die Angelegenheit zu verdunkeln. Die Angeklagte Trautsch gab zu, daß sie in der ersten Verhandlung die Unwahrheit beschworen habe. Scheuer habe ihr gesagt, sie müsse auch in der zweiten Verhandlung auf dem schon geleisteten Eid bestehen bleiben. Sie habe deshalb auch in der zweiten Verhandlung falsch geschworen. Bei der zweiten Verhandlung war der Pfarrer stets in ihrer Nähe; er blieb immer so stehen, daß er ihr ins Gesicht sehen konnte und ermunterte sie durch Winke mit der Hand. Vorsitzender: Warum sagten Sie denn die Unwahrheit? Angeklagte: Weil ich Furcht gehabt hatte. Ich sagte damals unter dem Einfluß des Pfarrers aus, er sah mir immer ins Gesicht, ich konnte nicht anders aussagen. Vorsitzender: Wollte Ihre Mutter nicht einmal das Kind zur Fronleichnamsprossion mitnehmen? Angeklagte: Davon weiß ich nichts; meine Mutter wußte nichts davon, daß der Pfarrer der Vater war.

Aus der Zeugenvernehmung ist hervorzuheben die Aussage des Oberamtsrichters Wieselshuber: Pfarrer Scheuer habe auf seinen Vorhalt pathetisch erklärt, er sei katholischer Priester und wolle solcher bleiben, er erkläre bestimmt, daß er mit der Trautsch nie geschlechtlich zu tun gehabt habe. Das Gericht solle den Eid, den er leisten wollte, als geleistet betrachten. Der Zeuge gab die Möglichkeit zu, daß die Trautsch durch Fragen des Verteidigers Dr. Bernheim verwirrt geworden sein kann. Die Bürgermeistersfrau Anna Bergmann sagte aus, daß ihr die Trautsch mitgeteilt habe, das Kind sei vom Pfarrer und jetzt nenne sie der Pfarrer ein Mensch. Der Zeugin gegenüber leugnete der Pfarrer die Vaterschaft nicht, er war stolz darauf, als die Zeugin die Schönheit des Kindes hervorhob. Die Zeugin hatte dem Pfarrer geraten, gegen Oberhauser nicht vorzugehen. Der Pfarrer erwiderte, die Marie Trautsch werde sich überlegen, auszusagen, sonst komme sie ins Zuchthaus; er lasse noch ganz Kolbumoor einsperren. Die Zeugin legte einen Brief des Pfarrers dem Gericht vor, den sie unterm 2. Januar, vor dem Prozeß Oberhauser, erhielt und in dem der Pfarrer ihr nahe legte, zu sagen, Loeben sei der Kindsvater. Die Trautsch wurde erst religiös, als sie das Verhältnis mit dem Pfarrer anfing. Von da ab sei sie erst Betschwester geworden. Der Pfarrer war gegen die Weiblichkeit sehr galant, diese hatten ihn sehr gern. — Die Zeugin Wagmüller war beim Pfarrer bedienstet. Es sei ihr aufgefallen, daß der Pfarrer ein Frauenzimmer ins Fremdenzimmer führte und dieses dann versperrte. Es stellte sich heraus, daß dies die Trautsch war. Von ihren Beobachtungen hatte die Zeugin dem Kooperator Mitteilung gemacht, worauf ihr der Pfarrer eine Ohrfeige angeboten habe. — Zeuge Monteur Oberhauser schilderte den vom Pfarrer gegen ihn anhängig gemachten Prozeß. Der Trautsch mußte jedes Wort herausgepreßt werden. Nach dem ersten Termin sei die Mutter der Trautsch zu ihm gekommen und habe von ihm verlangt, er solle alles zurücknehmen, die Familie Trautsch würde alle Kosten bezahlen. Nach dem zweiten Termin wurdem dem Zeugen noch 300 Mk. versprochen, wenn er die Berufung zurückziehe. — Die Zeugin Waldhäusl war bei dem Pfarrer im Dienst. Der Pfarrer verlangte von ihr eine Erklärung, wonach sie ihm nichts Ehrenrühriges nachsagen könne. Als die Zeugin diese Erklärung nicht unterschrieb, drohte er mit Klage, geklagt habe er aber nicht. Auf Veranlassung Scheuers schrieb die Zeugin an den Pfarrer Gilg, dem sie früher ihre Beobachtungen über den Verkehr Scheuers mit der Trautsch mitgeteilt hatte, was sie früher gesagt habe, sei nicht wahr. Scheuer habe zu ihr gesagt, wenn sie diesen Brief nicht schreibe, werde sie keine Verzeihung vor Gotterhalten. Die Zeugin erzählte dann, wie sie Scheuer in neuen Briefen zum Meineid verleiten wollte. Die Verlesung der Briefe ruft im Publikum Bewegung hervor, besonders bei jenen Stellen, durch die er die Waldhäusl veranlassen wollte, zu seinen Gunsten auszusagen, damit die Kirchenfeinde, die Sozi und ihre Münchner Post, keine Freude erleben.

Zeuge Biemonte sagte aus, daß der Pfarrer öfter zu ihm gekommen sei und zu ihm sagte, er, Biemonte, sei der Mann, der seine Ehre wieder herstellen könne. Scheuer gab dem Zeugen eine Visitenkarte, auf der der angebliche Loeben bestätigte, daß er der Kindesvater sei. Scheuer habe ihn, Biemonte, verklagt, gab ihm dann 20 Mk., als er sich hatte verurteilen lassen, später bekam der Zeuge noch einmal 100 Mk. „Einen Sozi", sagte der Pfarrer, „kann ich nicht verklagen, denn so ein Sozi schwört einen Meineid".

Die Angeklagte Trautsch sagte auf Vorhalt, der Pfarrer habe die Visitenkarten mit dem Namen Loeben selbst drucken lassen.

Der Staatsanwalt stellte an die Angeklagte die Frage, ob sie den Verkehr mit einem Pfarrer nicht als Sünde gehalten habe. Vor der Beantwortung dieser Frage wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Die Angeklagte erklärte hierauf, der Pfarrer habe zu ihr gesagt, eine kirchliche Ehe sei auch schon geschlossen, wenn zwei den Willen haben, beieinander auszuhalten. Sie habe geglaubt, Scheuer gehe mit ihr nach Amerika und heirate sie dort. Staatsanwalt: Haben Sie noch an Ihre „geistige" Ehe geglaubt, als Scheuer von Ihnen als „Mensch" sprach? — Trautsch: Der Pfarrer hat mich wegen dieses Ausdrucks um Verzeihung gebeten. Er sagte, er habe das nur in der Öffentlichkeit sagen müssen, in Wirklichkeit liebe er mich noch wie zuvor. Die Angeklagte gab noch an, daß sie, nachdem sie während der Untersuchungshaft ein Geständnis abgelegt, den Pfarrer vor dem Vormundschaftsgericht als Kindsvater angegeben habe. Seine Möbel wurden hierauf wegen ihrer Alimentationsansprüche gepfändet. Bei ihrer Vernehmung in Aibling sei sie unwohl gewesen und habe deshalb der Verhandlung nicht folgen können. Auf die Frage des Verteidigers: Pfarrer Scheuer schickte mich einmal trotz tiefen Schneefalls zum Beichten nach Rosenheim. Hierauf wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Die Mutter der Angeklagten erklärte, daß sie von dem ihr zustehenden Zeugnisverweigerungsrechte Gebrauch mache. Damit wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Die Geschworenen verneinten die auf ein Verbrechen des Meineids gestellte Frage und sprachen dagegen die Angeklagte eines fortgesetzten Verbrechens des fahrlässigen Falscheids schuldig. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr Gefängnis, volle Anrechnung der Untersuchungshaft und Aufhebung des Haftbefehls. Das Urteil lautete auf 8 Monate Gefängnis, abzüglich zwei Monate Untersuchungshaft. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Gewerkschaftsbewegung.

Unternehmerbrutalität. In Nürnberg scheint der vorjährige schwere Kampf in der Zelluloidindustrie (Gebr. Wolff) eine Neuauflage erleben zu sollen. Nachdem zurzeit ein Streikender von den durch die Firma aufgestachelten Streikbrechern ermordet worden war, bequemte sich die letztere endlich dazu, Frieden zu schließen, wobei sie sich auch verpflichtete, keinerlei Maß-

Unter dem Äquator.

Javanisches Sittenbild von Friedrich Gerstäcker.

39. Fortsetzung.

„Nein — ich möchte Sie nur bitten — Sie erwähnten vorhin ein paarmal in Gegenwart von Mevrouw der jungen Dame, die mit der Rebekka hier angekommen ist."

„Jawohl," nickte Herr Heffken mit dem Kopfe und hielt ihn dabei niedergebückt, so daß Wagner das um seinen Mund zuckende verschmitzte Lächeln nicht sehen konnte.

„Wenn Sie mir und auch — van Roeken einen Gefallen tun wollen," fuhr da Wagner fort, „so — unterlassen Sie es bitte."

„Aber weshalb?" sagte Heffken, indem er jetzt mit der unschuldigsten Miene von der Welt zu Wagner aufsah. „Ich wüßte nicht, daß —"

„Sie haben einen Hinterhalt dabei," unterbrach ihn aber Wagner, den diese Miene nicht täuschte; „da ich aber auch weiß, daß Sie nicht Unfrieden in der van Roekenschen Familie anrichten wollen, obgleich Sie schon auf dem besten Wege dazu sind, so genügt Ihnen gewiß die Andeutung, daß die Gegenwart dieser jungen Dame —"

„Die Gegenwart der jungen Dame?" wiederholte Heffken lauernd.

„Daß wir Ihnen beide durchaus dankbar sein würden, wenn Sie jede Anspielung unterließen," brach Wagner kurz ab.

„Wir? — Das Geschäft also," lächelte Heffken. — „Ich wußte in der Tat nicht, daß die Dame Geschäftssache sei."

„Und wer hat Ihnen das gesagt?"

„Mein lieber Herr Wagner," lächelte Heffken still vor sich hin, — „Sie haben allerdings recht, mir zuzutrauen, daß ich nicht absichtlich Unfrieden in diese mir befreundete Familie bringen möchte. Wenn man aber vollkommen unschuldig ein Thema berührt, das, ohne daß man es weiß, verbotener Grund ist, so trägt niemand die Schuld als die, die eben unnötigerweise ein Geheimnis aus der Sache machten. Ich bin — ich muß es zu meiner Schande gestehen — entsetzlich neugierig, aber dabei auch außerordentlich diskret, wo ich eben in das Vertrauen gezogen werde. Schwebt also um die junge Dame irgend ein Geheimnis, so gebe ich Ihnen mein Wort, daß ich es noch auf irgend eine Weise herausbekomme."

„Und wenn Sie sich nun vollständig irrten?"

„Ich will Ihnen etwas sagen, mein lieber Herr Wagner," fuhr Heffken wieder mit seinem eigentümlichen Lächeln fort. „Ich habe in der Tat schon einen Verdacht, und hätte van Roeken mir ehrlich — wie es sich unter so alten Freunden gehört — die ganze Sache gesagt, so wäre ich — wie Sie mir auf mein Wort glauben können — der letzte, der ungerechten Gebrauch davon machen würde. Ja, im Gegenteil, ich hätte ihm wahrscheinlich in mancher Hinsicht gerade in dieser Sache von Nutzen sein können."

„Sie haben einen Verdacht? Und welchen?"

„Das will ich Ihnen ganz aufrichtig sagen," antwortete Heffken. „Van Roeken hat, wie ich gewiß weiß, und zwar aus seinem Munde — nach Europa um eine Frau geschrieben. Sie erinnern sich vielleicht selber der Wette, die er uns an seinem letzten Geburtstage anbot. Bald darauf überraschte er uns, und ich glaube auch sich selber, durch die plötzliche Verbindung mit Mevrouw, die er Knall und Fall heiratete. — Indessen kommt jetzt die verschriebene junge Dame an und unser Freund befindet sich — wo er früher keine einzige Frau bekommen konnte, in der höchst sonderbaren Situation, zwei zu haben, wo — wie das gewöhnlich bei solchen Gelegenheiten der Fall ist — die eine nichts von der andern wissen darf. — Hab' ich recht?"

Wagner zögerte mit der Antwort. Er warf einen Blick über seine Schulter; die übrigen waren gerade in ein eifriges Gespräch verwickelt. So viel sah er ein: Heffken hatte vielleicht großenteils durch van Roekens eigenen Leichtsinn alles teils schon erfahren, teils erraten und unter diesen Umständen blieb es in der Tat das beste, ihn zum Vertrauten zu machen. Es war wenigstens der einzige Weg, ihn hier zum Schweigen zu bringen.

„Und wenn Sie recht hätten?" sagte er leise.

„Dann beweist es nur, wie wenig mich Ihr Freund kennt," erwiderte Heffken ruhig, „er würde sonst gleich von Anfang an aufrichtig gegen mich gewesen sein. Möglich sogar, daß ich ihm einen Ausweg geboten hätte, die fatale Sache ohne weiteres zu beseitigen."

„Und werden Sie jetzt, da Sie davon unterrichtet sind, nichts weiter gegen Mevrouw erwähnen? — werden Sie die Sache auf sich beruhen lassen?"

„Aber, lieber Wagner," sagte Heffken gutmütig, „das versteht sich ja doch wohl von selbst. Beantworten Sie mir nur noch eine Frage: was gedenkt Ihr Freund jetzt zu tun?"

„Die Sache ist abgemacht," sagte Wagner, der nicht wünschte, daß sich gerade Heffken weiter damit befasse. „Van Roeken hat leichtsinnig gehandelt, wie sich nicht leugnen läßt — wie er selbst nicht leugnet; da er aber natürlich weitere Verbindlichkeiten nicht einging und sich in diesem Fall freie Wahl vorbehalten mußte, so wird oder ist vielmehr die junge Dame schon zufrieden gestellt. Sie bekommt ihre Reise vergütet, außerdem eine kleine Summe Geld, und wird mit dem nächsten Schiff nach Europa zurückkehren. Sie sehen, Herr Heffken, daß ich in jeder Hinsicht offen gegen Sie bin. Geben Sie mir nun aber auch ihr Ehrenwort, gegen jedermann von dem, was ich Ihnen eben mitgeteilt, zu schweigen?"

Heffken besann sich einen Augenblick, dann legte er seine Hand in die ihm dargebotene Rechte und sagte:

„Mit Vergnügen, mein lieber Herr Wagner. Ich begreife erst jetzt erst ganz van Roekens delikate Situation, und würde der letzte sein, der ihm weitere Unannehmlichkeiten bereitete; er sitzt außerdem schon fest genug drin. Also — wie Sie sagen, ist die Sache vollständig abgemacht und reguliert?"

„So vollständig, wie es wenigstens in der kurzen Zeit möglich war. Van Roeken wird dadurch von all' seinen Verbindlichkeiten befreit."

„Und die junge Dame hat auch keine weiteren?"

„Gott bewahre. Sie ist vollkommen ihr eigener Herr."

„Sehr schön," lachte Heffken, sich vergnügt die Hände reibend, „da hat sich das Ganze noch viel besser abgewickelt, wie ich selber geglaubt. Sehen Sie, wie gescheit das war, daß Sie mir einen Wink gegeben. Mit der besten Absicht hätt' ich da wirklich Unheil stiften können."

„Aber was haben die beiden Herren denn da nur so angelegentlich zu besprechen?" rief in diesem Augenblick Mevrouw herüber, „irgend ein Geheimnis, das man nicht wissen darf?"

„Nicht im geringsten," lachte Heffken, „wir sprachen von Kaffee und Zimmt."

„Haben Sie schon von dem letzten Einbruch gehört?" sagte Mevrouw, „von dem uns Mynheer Rastlopp eben erzählt?"

„Von dem letzten Einbruch?" rief Heffken, drehte sich ab und ging in die entfernteste Ecke des Zimmers, wo auf einem kleinen Tisch einige Likörflaschen und Gläser standen.

„Sehen Sie, daß Sie noch nicht alles wissen, mein kluger Herr. In Buitenzorg haben sie einen Chinesen erwischt, der bei Hoodwell u. Co. heute gegen Morgen einbrechen wollte. — Auf frischer Tat, noch dazu mit allen möglichen Werkzeugen und Mordinstrumenten, ertappt. — Die Post hat eben die Nachricht mitgebracht."

Heffken hatte sich ein Glas Likör eingeschenkt und mit einem Zuge geleert. Er holte, als er sich der Gesellschaft wieder zudrehte, tief Atem und sagte gleichgültig:

regelungen eintreten zu lassen. Innerlich aber brütete sie Rache, und jetzt hält sie die Zeit für gekommen, ihren Gefühlen freien Lauf zu lassen. Am Sonnabend wurden 28 Arbeiter unvermutet auf die Straße gesetzt, angeblich wegen Geschäftsflaue; dem stehen aber verschiedene auffallende Tatsachen entgegen, wie die, daß erst in der letzten Zeit neue Leute eingestellt wurden, daß unter den Entlassenen sich die Mitglieder des vorjährigen Streikkomitees und andere Arbeiter, die hervorragend beteiligt waren, befinden, daß es sich ausschließlich um solche handelt, die schon jahrelang im Betriebe tätig waren, und daß keiner der noch vorhandenen Streikbrecher von der Entlassung betroffen wurde. Es handelt sich also nur um eine mangelhaft verhüllte Maßregelung, um einen neuen Angriff auf das Koalitionsrecht, den sich die Arbeiter nicht ruhig bieten lassen wollen. Jede Unterhandlung mit der Fabrikkommission hat die Firma abgelehnt.

Lohnbewegung der Böttcher in Berlin. Für die an die Böttchermeister und Faßhandlungen von Groß-Berlin eingereichten Lohntarife, die eine minimale Aufbesserung der bestehenden Lohn- und Akkordsätze, sowie Regelung der Arbeitszeit vorsehen, ist der Schlußtermin nunmehr abgelaufen. Die Böttcher selbst waren der Ansicht, daß die in recht bescheidenen Grenzen gehaltenen Forderungen ohne große Schwierigkeiten bewilligt würden. Doch nur ein Teil der Unternehmer, die einsahen, daß den veränderten Verhältnissen entsprechende Löhne notwendig sind, bewilligten den ihnen zugesandten Tarif oder erklärten sich zu dementsprechenden Verhandlungen bereit; andere dagegen lehnten jede Zugeständnisse ab, weshalb sich die in den betreffenden Betrieben bisher beschäftigten Böttcher veranlaßt sahen, die Arbeit niederzulegen. Da im allgemeinen eine gute Konjunktur vorhanden ist und wenig Arbeitskräfte den Unternehmern zur Verfügung stehen, so kann ohne weiteres auf einen günstigen Erfolg gerechnet werden, zumal zu den neuen Tarifsätzen schon ca. über die Hälfte der in Frage kommenden Böttcher beschäftigt werden.

Ein Generalstreik der Zinkhüttenarbeiter in Oberschlesien? Seit fünf Wochen dauert auf den von Gitsches Erben gehörigen Zinkhütten Wilhelmine, Bernhardi und Paul ein Streik der Zinkhüttenarbeiter, der von der polnischen Berufsvereinigung geleitet wird. Die Verwaltung der Hütten, an deren Spitze der bekannte Oberscharfmacher Uthemann steht, denkt vorläufig garnicht daran, die bescheidenen und berechtigten Forderungen der Streikenden zu berücksichtigen. Die Streikleiter sind sich anscheinend dessen bewußt, daß, wenn der Streik auf die erwähnten Zinkhütten beschränkt bleibt, er mit einer Niederlage enden wird. Um aus der Situation herauszukommen, wurde in einer Versammlung der Streikenden am 8. d. Mts., in der der Vorsitzende der „polnischen Berufsvereinigung" Sosinski sprach, eine Resolution gefaßt, in der die Arbeiter aller oberschlesischen Zinkhütten, um eine günstige Beendigung des partiellen Streiks herbeizuführen, aufgefordert werden, überall an ihre Verwaltungen mit Forderungen heranzutreten und falls diese abgewiesen werden, ebenfalls zum Streik zu greifen. So gern wir den oberschlesischen Zinkhüttenarbeitern, deren Lage eine ganz elende ist, eine Verbesserung wünschen, so wird der Erfolg des Ausstandes unter den gegebenen Verhältnissen sehr schwierig sein, da die übergroße Masse der Zinkhüttenarbeiter einer leistungsfähigen Organisation fernsteht.

Die Organisation der Diamantenarbeiter. Eine der verhältnismäßig stärksten Gewerkschaften der Welt ist zweifellos der Diamantenarbeiterverband in Amsterdam, der zurzeit 8600 Mitglieder zählt und mit wenigen Ausnahmen alle organisationsfähigen Diamantenarbeiter umfaßt, die wöchentlich über 20 000 Mk. an Beiträgen aufbringen! Nach dem letzten Geschäftsbericht betrug das Verbandsvermögen im Juni d. J. rund 995 796½ Gulden, dazu kommen noch einige andere Werte, mit denen das Gesamtvermögen die respektable Höhe von rund 2 Millionen Mark oder über 230 Mk. pro Mitglied erreicht. Dabei besteht die jetzige Organisation erst seit 1894, als die schlechten Verhältnisse einen plötzlichen Ausstand aller Diamantenarbeiter zur Folge hatten. Damals betrug der durchschnittliche Wochenlohn 10—12 Gulden und die Arbeitszeit gar 72 Stunden pro Woche. Nach der Statistik vom 13. Juni d. J. verdienten dagegen 7235 Arbeiter mehr wie 20 Gulden, 374 von 12—16 Gulden und 662 meist verheiratete Arbeiterinnen, verdienten weniger wie 12 Gulden wöchentlich. Ein guter Diamantenspalter bringt es auf durchschnittlich 80 Gulden die Woche. Allerdings ist es noch immer sehr wenig im Vergleich zu den ungeheuren Löhnen in der „guten alten Zeit", die allerdings nicht lange währte: von 1867 bis 1876; als die ersten Diamanten aus der Kapkolonie kamen, verdienten die Amsterdamer Diamantenarbeiter 5 bis 600 Gulden die Woche! Die Gewerkschaftsbeiträge richten sich nach dem Verdienste; sie betragen zwischen 0,40 Fl. und 1,60 Fl., die durch 7 besoldete Einkassierer eingezogen werden. Während der Krise 1908 waren rund 60 Proz. aller Mitglieder ständig arbeitslos, was innerhalb eines Jahres eine Ausgabe von fast 400 000 Gulden (rund 680 000 Mk.) an Arbeitslosenunterstützung erforderte. Die Arbeitszeit der Diamantenarbeiter ist zurzeit 54 Stunden pro Woche. Nach den abgeschlossenen Tarifverträgen wird sie am 1. Oktober 1910 auf 51 Stunden und am 1. Oktober 1911 auf 48 Stunden herabgesetzt werden.

Soziales.

Vom Freiberger Krankenkassen-Kriegsschauplatz. Die Aufsichtsbehörde hat bekanntlich auf Antrag der Arbeitgebervorstandsmitglieder den Vorsitzenden, Genossen Bielig, weil er Ordnung schaffen wollte, dispensiert. Sie übertrug zunächst die Leitung der Geschäfte dem zweiten Vorsitzenden, einem Arbeitgeber. Die Arbeitnehmer-Beisitzer protestierten dagegen bei der Aufsichtsbehörde. Sie führten aus, wenn dem ersten Vorsitzenden eine Schuld beigemessen werden sollte, diese den zweiten Vorsitzenden in demselben Maße treffe, da er schon viel länger den Posten bekleide. Diesem Protest wurde insofern Rechnung getragen, daß die Aufsichtsbehörde versprach, ihn am nächsten Tage wieder von seinem Posten zu entheben. Der Rat habe beschlossen, die Leitung der Geschäfte vorläufig einem Stadtrat Witt zu übergeben. Auch dagegen protestierten die Arbeitervertreter, weil die Unregelmäßigkeiten des in Frage kommenden Beamten Gräßer schon zu einer Zeit bestanden, als eben derselbe Witt Vorsitzender der Kasse war. Man solls wenigstens einen völlig einwandfreien Beamten mit der interimistischen Leitung der Kasse betrauen, bis der Protest gegen die Enthebung des ersten Vorsitzenden von der oberen Behörde entschieden sei.

Eine Waldschule in Nürnberg. Am Sonntag wurde in Nürnberg eine Waldschule für schwächliche und kranke Großstadtkinder eröffnet. Das neue Institut ist angeschlossen an die prachtvoll auf der Höhe bei Rückersdorf gelegene Walderholungsstätte des Nürnberger Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose. 50 Kinder sollen vorerst Aufnahme finden; nicht solche, die die Proletarierkrankheit, die Lungenschwindsucht bereits mit auf dem Lebensweg erhalten haben, sondern nur solche, die erst durch unsere herrlichen sozialen Verhältnisse: miserable Wohnungen, Unterernährung usw., krank geworden sind und durch Aufenthalt in reiner Waldluft, Bewegung in Sonne und Licht und gute, kräftige Nahrung der Gesellschaft als künftige Arbeitskräfte erhalten werden können. Aber auch nur 20 von den 50 Kindern können auch nachts draußen bleiben, während die übrigen 30 abends mit den erwachsenen Pfleglingen in die Stadt zurück- und morgens wieder hinausfahren müssen.

Aus der Partei.

Strafkonto der Presse. Von der Strafkammer in Eisleben wurde Genosse Kasparek vom „Volksblatt" in Halle wegen Beleidigung des Generaldirektors der Mansfelder Gewerkschaft, Dr. Vogelsang, zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt. Dem Direktor war in einem Artikel Bruch des Ehrenwortes vorgeworfen worden, weil er die Entlassung eines Bergmannes auf Grund eines anonymen Briefes verfügt hatte. Dr. Vogelsang hatte aber „nur" sein Wort gegeben, derartige Denunziationen nicht zu beachten. — Zu 50 Mark Geldstrafe wurde am Dienstag Genosse Limbertz-Essen verurteilt, weil er gelegentlich einer Märzfeierrede einen höheren Polizeibeamten durch die Worte beleidigt haben soll: „Der Beamte, der das heute verbotene Theaterstück gelesen, hat es nicht verstanden, weil er zu dumm ist." Die beiden überwachenden Polizeibeamten bekundeten, daß sie nach jedesmaliger vorheriger Verständigung die „Kraftstellen" aus der Rede notiert hätten. In den dem Gericht vorliegenden Originalnotizen fand sich aber kein Wort von der inkriminierten Äußerung, erst bei Abfassung ihres Berichts am anderen Tage ist den Beamten eingefallen, daß der Redner auch diese beleidigende Wendung noch gebraucht habe.

Reichstagskandidatur. Eine am Sonntag in Memmingen stattgefundene Wahlkreiskonferenz für den Wahlkreis Illertissen-Memmingen (Schwaben 4) stellte einstimmig den Genossen Ludwig Pickelmann, Landtagsabgeordneter in München, als Kandidat für die kommende Reichstagswahl auf.

Die Breslauer Polizei gegen — Freiligrath! Was waren doch die Polizeigewaltigen der achtziger und neunziger Jahre für jammervolle Stümper gegen den Breslauer Polizeipräsidenten, der soeben wieder einmal halb Europa zum Lachen reizt. Er schickte nämlich am vorigen Sonntag zwei Polizisten in die Freiligrath-Feier unserer Breslauer Genossen, um sie zu überwachen! Und zwar, wie die beiden wichtig erklärten, weil die künstlerische Feier eine — öffentliche politische Versammlung sei!! Die Drohung des Leiters der Feier, Genossen Albert, sie sofort hinausweisen zu lassen, beantworteten sie mit der Androhung der sofortigen Auflösung der „Versammlung"! Und den Hinweis, daß doch genau solche Feiern im Juni in Dutzenden von deutschen Städten ohne polizeiliches Eingreifen abgehalten worden seien, verstand der überwachende gar nicht einmal. Wie, das sollte möglich sein? Ohne Polizei?... Um nicht die Veranstaltung zu gefährden, ließ man schließlich, der Gewalt sich fügend, die Polizisten im Saale, setzte sie aber zum Gaudium der gesamten Teilnehmer an den für die „Mitwirkenden" reservierten Tisch, worüber sie nicht ganz erbaut schienen. Gegen diese Glanzleistung der Polizei ist sofort Beschwerde eingelegt worden. Es berührt doch höchst angenehm, wieder einmal zu sehen, wie Freiligraths Poesie noch heute lebendig ist, wie sich die Herrschenden vor seinen Peitschenhieben noch ebenso fürchten, wie zur Zeit, da zur Marionette sank, der eben noch ein Komödiant war. Und wenn Europa in diesen Tagen das Breslauer Polizeistückchen belachen wird, werden Millionen mit uns bedauern, daß der Trompeter der Revolution schon tot ist, daß er uns nicht den Zorn und Spott seines Harfenspiels leihen kann, um die Rückständigkeit gerade der Breslauer Polizei vor aller Welt in kraftvollen Versen zu geißeln. Aber bei dieser einen Leistung bleibt die Polizei nicht stehen. Sie hat im Bunde mit der Staatsanwaltschaft gegen unser Breslauer Parteiorgan eine große Staatsaktion eingeleitet, weil es — Freiligraths prächtigstes Gedicht: Die Toten an die Lebenden abgedruckt und mit einer Fußnote versehen hatte!! Nach Ansicht der Breslauer Polizei und Staatsanwaltschaft ist der vermaledeite rote Jakobiner im Jahre 1848 von den Düsseldorfer Geschworenen völlig zu Unrecht freigesprochen worden. Es ist deshalb nicht mehr wie recht, daß der Verbreiter seiner glutroten Verse zum Wollespinnen verdonnert wird! — Aber Scherz beiseite, Herr Polizeikapitän von Breslau! Was soll denn jetzt noch folgen? Fürchten Sie nicht, sich nicht mehr übertreffen zu können? Verschießen Sie nicht Ihr ganzes Pulver: Europa braucht Lachpillen!

Aus dem Gerichtssaal.

Stellenvermittelungsschwindel. Vom Magdeburger Landgericht wurde ein Stellenvermittelungsschwindler zu vier und einem halben Jahre Zuchthaus verurteilt. Angeklagt war der frühere Landwirt, jetzige Bureaugehilfe Emil Otterstein. Im vorigen Jahre gründete er in Verbindung mit anderen Personen in Magdeburg und anderen Orten Stellenvermittelungsbureaus. Durch Zeitungsinserate suchte er seine Opfer. In etwa 100 Fällen ließ er sich eine Vermittelungsgebühr von je 20 bis 90 Mk. zahlen. In zahlreichen Fällen gelang es ihm nicht, die auserkorenen Opfer zu rupfen. Der Angeklagte trieb auch in Breslau, Köln und Bielefeld sein Unwesen, wo er unter falschem Namen auftrat. Das Gericht erkannte wegen vollendeten und versuchten Rückfallbetruges sowie wegen schwerer Urkundenfälschung auf die oben erwähnte Strafe, außerdem auf 900 Mk. Geldstrafe oder weitere 60 Tage Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Der Todesritt. Die Bespannungsabteilung des in Magdeburg garnisonierenden Fußartillerieregiments Nr. 24 unternahm am 8. Juni d. J. eine militärische Übung, die darin bestand, daß die Alte Elbe, ein nicht schiffbarer Arm der Elbe bei Magdeburg, durchschritten wurde. Bei dieser Übung fand der Unteroffizier Fiedler seinen Tod. Vor dem Kriegsgericht der Kommandantur in Magdeburg hatte sich nun der Oberleutnant Theodor Tamm gegen die Anklage zu verantworten, als Leiter jener Übung fahrlässiger-

---

„Der dumme Teufel hätte vorher wissen können, daß er erwischt wird. — Unsere Vorsichtsmaßregeln sind überall so ausgezeichnet getroffen, daß ein Diebstahl mit Einbruch fast unmöglich ist."

„Wenn uns unsere übergroße Sicherheit nur nicht einmal schadet," sagte ein anderer Kaufmann von sehr dunkler Färbung, der lang ausgestreckt in einem Rohrstuhl lag. „Wir verlassen uns viel zu sehr auf unsere Oppaß, bis wir einmal tüchtig mit diesen selber anlaufen. Wenn man aber auch wirklich so einem Lump nicht mehr traut, kann man ihn nachher nicht einmal gut wegschicken, da er mit allen Schlichen und Gängen im ganzen Lager bekannt ist."

„Apropos," lachte van Roeken, zu Wagner gewandt, — „da wir gerade von Lumpen reden, fällt mir mein neuer Hausgenosse ein. Mir ist seine Ankunft noch garnicht gemeldet."

„Hast Du denn seinen früheren Diener, den Tojiang, auch hier im Haus?" frug Wagner.

„Ich werde mich hüten," sagte van Roeken, „der schläft mit den übrigen Arbeitern in der Stadt und bekommt nur bezahlt, was er den Tag über leistet. Ich habe mich mit dem Burschen nicht weiter einlassen wollen, Heh! Sapada — ist Tuwan Horbach in dem Bendi gekommen?"

„Tra tau, Tuwan," antworteten die verschiedenen Diener achselzuckend, — „haben ihn nicht gesehen."

„Das ist merkwürdig," sagte van Roeken, indem er von seinem Stuhl aufstand und nach dem hintern Teil des Hauses ging.

„Ist etwas vorgefallen?" frug Mynheer Rastlopp.

„Nicht das geringste," erwiderte van Roeken; „ich habe nur vor beinahe drei Stunden ein Bendi hinunter nach dem Hospital geschickt, den liederlichen Horbach von dort abzuholen, aber weder Bendi noch Horbach lassen sich blicken."

„Der Kutscher wird ruhig nach Haus gefahren sein," sagte Wagner.

„O bewahre!" rief Roeken; „ich habe ihn nicht allein im voraus bezahlt, um Horbach kein Geld in die Hände zu geben, sondern auch die bestimmten Wäsche- und Kleidungsstücke mitgeschickt."

„Und kennst Du den Kutscher?"

„Versteht sich; es ist ein Geschirr von Thihaing aus dem nächsten Kampong, wo ich stets mein Fuhrwerk holen lasse, wenn ich einmal mit meinen Pferden auf dem trockenen sitze."

„So schickt doch einmal hinüber," sagte ein anderer der Gäste, „das ist das einfachste. Ein Diener kann in einer Viertelstunde wieder zurück sein." Van Roeken befolgte den Rat und schickte einen von seinen Leuten ab, um sich zu erkundigen, was aus Bendi und Passagier geworden wäre. Der Bursche kam auch in sehr kurzer Zeit, aber mit der Meldung zurück, daß der Kutscher schon seit einer Stunde etwa wieder zu Haus sei. Er habe den weißen Tuwan aus dem Hospital abgeholt und ihm das Paket mit Kleidungsstücken übergeben, wie ihm befohlen worden. Der Tuwan hatte sich aber nicht wollen hierher fahren lassen, sondern verlangte in die Stadt, auf den chinesischen Markt, geschafft zu werden. Natürlich konnte sich der Malaye dem Weißen nicht widersetzen. Auf dem chinesischen Markt sei der Tuwan dann ausgestiegen und habe ihm befohlen, nach Haus zurückzufahren — weil er ihn nicht mehr brauche. — Van Roeken schüttelte zu dem wunderlichen Bericht den Kopf; heute abend ließ sich aber doch nichts mehr in der Sache tun. — Morgen wollte er dann zusehen, wie das Ganze zusammenhing. Heffken, der sich außerordentlich wenig darum bekümmerte, was aus dem „nichtsnutzigen Deutschen" geworden und ob er sich je wiederfinde, hatte sich indessen mit einigen anderen Herren zu einer Partie Whist gesetzt, und als Mynheer Rastlopp austrat, nahm van Roeken seine Stelle ein.

Wagner hatte sich um elf Uhr empfohlen, noch zu Romelaers hinüberzufahren, wo er auf das herzlichste empfangen wurde, und van Roeken wäre zuletzt auch gern zu Bett gegangen, — aber Heffken schien heut abend unermüdlich in Whist und Anekdoten. Er wollte nicht aufhören zu spielen wie zu erzählen, und während Mevrouw schon lang in ihrem Rohrstuhl sanft schlummerte, provozierte er noch immer wieder einen neuen Rubber.

Van Roeken als Hausherr konnte natürlich nicht aufbrechen, und Heffken wäre diesmal vielleicht bis zur Morgendämmerung sitzen geblieben, hätten die anderen beiden Herren nicht endlich den todmüden Wirt erlöst.

Es war zwei Uhr morgens, als man die armen Teufel von Malayen, die schon seit vielen Stunden draußen auf dem Bock ihrer Fuhrwerke saßen und ihre Herren erwarteten, endlich herbeirief. Die Boedjangs zündeten ihre Bambusfackeln an und traten hinten auf; die Kutscher schnalzten mit der Zunge, und fort rasselten die Wagen in die stille, sternhelle Nacht hinein, bis ihre Lichter endlich in der Ferne, wie sinkende Sterne, erloschen.

23.

Am nächsten Morgen fuhr Herr Heffken zur gewöhnlichen Zeit in sein Kontor. Die jungen Leute, die unter ihm arbeiteten, waren schon dort, mußten aber auf ihn warten, da er die Schlüssel mitbrachte, und einer von ihnen, schon ein ziemlich alter Knabe, vertrieb ihnen indes die Zeit so gut, daß sie oft in schallendes Gelächter ausbrachen. Herr Joost war überhaupt ein merkwürdiges Individuum, mit sehr bleichen, durch dunkle fette Haare scharf abgeschnittenen und von Sommersprossen fast entstellten Zügen, um zwei Reihen ordentlich unheimlich weißer Zähne, aber mit etwas sehr Drolligem in seinem Ausdruck, wie einem unverwüstlichen, trockenen Humor.

Herr Heffken kam endlich und schloß sein Kontor auf, und malayische Diener sprangen, während er selber sein kleines Blechkästchen mit den nötigen Papieren auf sein Schreibpult setzte, hinzu, um den Raum zu lüften und zu reinigen, als ein Ausruf eines der jungen Leute die Aufmerksamkeit aller nach dem Geldschrank zog.

„Die Kasse ist erbrochen", rief dieser, und nur ein Blick genügte, die schlimme Wahrheit zu bestätigen. Die obere Tür derselben schien allerdings geschlossen, aber die kleinen Klappen und Schieber, welche die geheim gehaltenen Schlüssellöcher verdeckten, waren mit einem scharfen, noch daneben am Boden liegenden Instrument abgebrochen, und der Schrank stand offen.

Einer der jungen Kommis wollte gleich darauf zuspringen, es näher zu untersuchen, Heffken verhinderte ihn aber daran.

„Halt!" rief er ihm zu. „Rühren Sie den Schrank nicht an — Joost, fahren Sie augenblicklich, so rasch ihr Pferd laufen kann, auf die Polizei hinunter, machen Sie die Anzeige und bringen Sie gleich die nötigen Beamten mit, um den Tatbestand zu konstatieren. Von Ihnen verläßt indessen keiner das Zimmer — wir wissen nicht, ob es vielleicht wünschenswert ist, die Sache vor der Hand geheim zu halten. Jedenfalls mögen die Beamten darüber entscheiden."

Wenige Sekunden später rollte Joost in seinem Bendi rasch dem Polizeigebäude zu, während Heffken indessen auf das sorgfältigste das Zimmer selber untersuchte, um weitere Spuren aufzufinden. Diese zeigten sich vor allen Dingen am Fenster — zwei der eisernen Stäbe, die dasselbe nach außen schützten und überdies schon arg von der Zeit gelitten hatten, waren durchgesägt und die Stücke, nachdem sich der Dieb entfernt, wieder zurückgebogen worden, vielleicht um eine vorzeitige Entdeckung von außen zu vermeiden. Im Zimmer selbst lag ein Stück halbgerauchter Zigarre, und einige angebrannte Schwefelhölzer daneben zeigten, daß der Dieb auch mit Feuerzeug versehen gewesen und mit diesem entweder die Zigarre oder vielleicht eine Blendlaterne angezündet hatte. In sehr kurzer Zeit kamen übrigens die Beamten angefahren, und eine Untersuchung des Schrankes ergab vor allen Dingen einen nicht unbeträchtlichen Verlust an Banknoten und Gold, was in der obersten Abteilung des Schrankes gelegen und sich im ganzen auf eine Summe von zirka zwanzigtausend Gulden belaufen mochte. Sechzehntausend Gulden gehörten der Kompagnie und viertausend waren Hefftens eigenes Kapital, das er vor kurzer Zeit aufgenommen, um es, wie er angab, nach Holland zu senden.

(Fortsetzung folgt.)

weise den Tod des Unteroffiziers herbeigeführt zu haben und zwar dadurch, daß er nicht als erster in einem Boote zur Erkundigung der Tiefenverhältnisse vorausgefahren sei und auch nicht das Ablegen der schweren beim Schwimmen hinderlichen Stiefel und Reithosen angeordnet habe. Der Angeklagte erklärte, sich hinreichend über die Tiefenverhältnisse informiert zu haben. Der verunglückte Unteroffizier sei von seinem Pferde abgerutscht, habe dabei von diesem einen Hufschlag erhalten, durch den er betäubt worden sei, so daß er sich, obwohl er ein guter Schwimmer war, nicht habe retten können. In der Verhandlung bekundete der Pionier-sergeant Röder, daß er und ein Pionier, die mit einem Ponton vorausgeschickt worden waren, eine Wassertiefe von zwei Metern ermittelt und dies dem Oberleutnant zugerufen hätten. Der Angeklagte und die übrigen Offiziere wollen diesen Ruf nicht gehört haben. Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Darin, daß der Angeklagte in der Tat die Tiefenverhältnisse des Wassers nicht genügend erkundet habe, liege zwar eine kleine Fahrlässigkeit, jedoch sei das ohne Belang, weil Fiedler gut schwimmen konnte und es rechtfertige sich die Freisprechung schon dadurch, daß das Unglück auch dann passiert wäre, wenn der Angeklagte das Ablegen der Reithosen und Stiefel angeordnet hätte.

Der widerspenstige Diener Gottes. Ein interessanter Fall von Widersetzlichkeit gegen die Staatsgewalt, den sich ein Geistlicher, noch dazu im Wiederholungsfalle, hat zuschulden kommen lassen, gelangte letzte Woche vor der Strafkammer des Landgerichts Mülhausen zur Aburteilung. Gegen den Pfarrer Rimelin, der früher in Liebsdorf war und jetzt in Rimbach amtiert, war im Jahre 1908 durch das Amtsgericht Pfirt ein Vorführungsbefehl erlassen worden, da er einer gerichtlichen Ladung in einem wegen Beleidigung gegen ihn eingeleiteten Ermittelungsverfahren nicht Folge geleistet hatte. Die mit der zwangsweisen Vorführung beauftragten drei Gendarmen mußten damals schon das Pfarrhaus nach allen Regeln der Kunst belagern und den widerspenstigen Pfarrer mit Gewalt zur Vernehmung nach Pfirt führen, wobei auf die Aufforderung des Geistlichen ein Teil der Bürgerschaft eine drohende Haltung einnahm. Wegen Beleidigung des Gerichts und wegen öffentlicher Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und zur Begehung strafbarer Handlungen erhielt der Pfarrer Ende 1908 eine Gesamtgefängnisstrafe von sechs Monaten, die auf eingelegte Revision hin im Januar 1909 vom Reichsgericht bestätigt wurde. Später wurde die Strafe durch kaiserliche Gnade auf sechs Wochen ermäßigt. Da der Pfarrer sich seitdem aber nicht freiwillig zum Strafantritt gemeldet hatte, sollte er kürzlich von zwei Gendarmen auf Grund eines Haftbefehls in das Bezirksgefängnis gebracht werden. Alsbald wiederholte sich das gleiche Schauspiel wie zwei Jahre zuvor, und die zwei Gendarmen mußten schließlich Gewalt anwenden. Angesichts der drohenden Haltung der Bevölkerung und nachdem der Geistliche sich auf der Straße der Länge nach hingelegt hatte, ließen sie von ihm ab und wurden deshalb wegen Nichtausführung eines Dienstbefehls mit mehreren Tagen Stubenarrest bestraft. Die letzte Verhandlung vor der Mülhauser Strafkammer gegen den Pfarrer, der auf dem Standpunkt steht, daß er als Vertreter Gottes auf Erden sich nur vor einen geistlichen Gericht zu verantworten brauche, ergab, daß er den ihm angeblich von Zentrumsabgeordneten und seiner vorgesetzten Behörde gemachten Zusicherungen, er brauche die Strafe nicht abzubüßen, mehr vertraut hatte als den Verfügungen des Gerichts. In Anbetracht seiner geistigen Beschränktheit erhielt er für sein Heldenstück diesmal nur zwei Monate Gefängnis. Der Vorfall ist geeignet, auf die Auffassungen und den Bildungsgrad eines Teils des oberelsässischen Klerus ein eigentümliches Licht zu werfen.

Aus Nah und Fern.

Eine entsetzliche Ballonkatastrophe ereignete sich am 13. Juli vormittags in der Gegend von Solingen. Der Lenkballon „Erbslöh", der vormittags 9 Uhr 4 Min. in Leichlingen aufgestiegen war, ist nach einhalbstündiger Fahrt in der Nähe von Neukamp bei Pattscheid aus beträchtlicher Höhe abgestürzt. **Sämtliche fünf Insassen sind tot.** Die Hülle des Luftballons „Erbslöh" war in ihrem hinteren Teile noch mit Gas gefüllt, während das Vorderteil aufgerissen ist. Die Ursache wird wohl schwerlich mit Sicherheit festgestellt werden können, weil wegen des dichten Nebels eine Beobachtung vom Boden aus unmöglich war und die Zeugen tot sind. Die Namen der fünf Insassen, die bei der Katastrophe getötet wurden, sind: Oskar Erbslöh-Elberfeld, Führer, Fabrikant Tölle-Barmen, die Ingenieure Kranz-Hagen und Höpp-Elberfeld und Monteur Spicks. Die Leichen sind schrecklich verstümmelt. Die Gondel wurde vollständig zertrümmert. Der Motor hat sich tief in die Erde eingebohrt. Nach einer Version ist das Unglück darauf zurückzuführen, daß der am vormittag herrschende Nebel so stark auf die Ballonhülle einwirkte, daß sie geplatzt ist. Die Leichen sind geborgen und nach Leichlingen übergeführt worden.

Zu dem Ballonunglück wird noch gemeldet, daß das Luftschiff einen großen Trümmerhaufen bildet. Alle Leichen weisen Schädelbrüche, einige auch Beinbrüche auf. Am entsetzlichsten verstümmelt ist die Leiche des Führers Oskar Erbslöh. Das Platzen der Hülle wird darauf zurückgeführt, daß der Ballon nach dem Austreten aus der nassen Nebelschicht den Sonnenstrahlen ausgesetzt war. Unweit der Unfallstelle wohnende Bauern hörten noch kurz vor dem Aufschlagen des Luftschiffes das Arbeiten der Propeller. Das Luftschiff war aber wegen des Nebels unsichtbar. Deshalb gab man Revolverschüsse ab und ließ Hupensignale ertönen, um dem Luftschiff den Weg zur Halle anzudeuten, bis der durch das Aufschlagen des Luftschiffes hervorgerufene Knall Kunde von der Katastrophe gab. In der Nähe der Unfallstelle fand man ein Blatt, offenbar aus dem Notizbuch eines der Getöteten mit folgen- Aufzeichnungen: Abfahrt 9,04, Steigen 9,09, dichter Nebel, Norden, ohne jede Sicht der Erde. Die Sonne kommt durch. Dichter Nebel ist unter uns. Höhensteuer abwärts, 280 Meter, 9,11 Uhr. Die Mutter des verunglückten Ingenieurs Hoepp erkannte die Handschrift des Notizblattes als die ihres Sohnes.

Schon wieder ein russischer Grenzübergriff. Die „Schlesische Volkszeitung" berichtet folgenden unerhörten Vorfall: Am vergangenen Sonnabend überschritt ein elfjähriger Knabe, aus Milowitz in Polen kommend, den Grenzfluß Brinitza und setzte sich, um etwas auszuruhen, auf preußischem Gebiet nieder. Ein russischer Grenzsoldat, der den Vorgang sah, schoß nach dem Kinde und tötete es. Die preußischen Grenzbewohner, zum Teil bewaffnet, begannen sich auf dem Schauplatz der Tat zu sammeln, fanden indes die Kindesleiche nicht mehr vor, denn sie war von dem Grenzsoldaten schleunigst auf das russische Gebiet hinübergeschafft worden. Wird nun der deutsche Gesandte in Petersburg wieder im Auftrage seiner Regierung „freundliche Vorstellungen" unternehmen, oder läßt man die Sache einfach auf sich beruhen, wo es sich ja nur um ein polnisches Kind handelt?

Automobilunglück. Aus Osnabrück wird gemeldet: Dienstag abend verunglückte zwischen Bissendorf und Sünsbeck das Automobil des Bankvorstehers Wilhelm Schmidt aus Bünde. Das Automobil brach die beiden rechtsseitigen Räder. Vier Insassen wurden herausgeschleudert. Dabei erlitt der Buchhalter Rahn aus Bünde einen Schädelbruch und war sofort tot. Möhle aus Bünde erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb. Die beiden anderen Insassen kamen mit leichteren Verletzungen davon. Das Unglück wird auf zu schnelles Fahren zurückgeführt.

Auf der Zeche Radbod wurden am Dienstag acht Leichen von den im November 1908 bei der Grubenkatastrophe verunglückten Bergleuten geborgen.

Eine schwere Bluttat verübte Mittwoch in Helmstedt der Grünwarenhändler Hermann Seelenberg. Er erschoß seine Frau, zwei Kinder und sich selbst; drei weitere Kinder verletzte er schwer, sie mußten in das Krankenhaus Marienberg übergeführt werden, an ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Die Motive der Tat sind angeblich in Nahrungssorgen zu suchen. Seelenberg, der eine gutgehende Bäckerei besaß, aber in Konkurs geriet, äußerte schon öfter, er werde bei Geldmangel sich und seine Familie erschießen. Von den drei schwer verletzten Kindern des Gemüsehändlers Seelenberg sind, wie die „Braunschweiger Nachrichten" melden, zwei gestorben. Das dritte Kind liegt hoffnungslos danieder.

Der Brief an die Freundin. Bekanntlich hat der katholische Religionslehrer Hofinger an der Töchterschule der Englischen Fräulein in Bamberg seinen Schülerinnen die Aufgabe gestellt: Es ist ein Brief an eine Freundin zu schreiben, die ihre Unschuld verloren hat und darum Selbstmord begehen will. Die „Münchener Jugend" ist nun in der Lage, den besten Brief zu veröffentlichen, der in der Klasse über das Thema geschrieben wurde; er rührt von der Klassenprima Fräulein Mizzi Bimpfinger her und lautet wie folgt:

Teure Ida!

Zu meinem tiefbetrübten Bedauern erfahre ich durch unseren hochwürdigen Herrn Religionslehrer, daß Du Dich mit dem Gedanken trägst, auf den Verlust Deiner Unschuld (Pfui, Ida!) auch noch einen Selbstmord zu häufen. O, wie kannst Du nur! Ich muß Dir ernstlich ins Gewissen reden, resp. schreiben, was meine Christenpflicht ist, und teile meinen Brief in zwei Absätze ein: A. Unschuld, B. Selbstmord.

A. Ein reines Mädchen verliert dieselbe nie und tritt zu diesem Zwecke einem Jungfrauenverein bei, wo sie dann auch bei der Prozession mitgehen darf. Wir haben gestern abend im Schlafsaal über den mutmaßlichen Hergang uns unterhalten und sind zu dem Resultat gekommen, daß es erstens eine Schande für die ganze Klasse ist, und daß zweitens entweder Dein Vetter Max oder der Forstassistent Schmitt an jenem Verlust schuld trägt, obgleich ich von dem letzteren das gar nicht glauben kann, denn er ist ein netter Mensch, und der erstere mir viel zu dalbrig dazu vorkommt.

B. Wenn man es aber getan hat, dann trägt man die etwaigen Folgen, wie ein Mann und bleibt nebst diesen Folgen am Leben, um Buße tun und sich bessern zu können. Es gibt Beispiele von Mädchen, welche wiederholt in die unglückliche Lage kamen und jedesmal wieder standhaft auf den Selbstmord verzichteten, ja manche sind sogar später Heilige geworden oder haben geheiratet, wo ja dann alles erlaubt und man sogar dazu verpflichtet ist und das kannst Du ja auch, denn Du hast Vermögen und es ist alles besser, als der Selbstmord, denn der ist nicht nur eine schwere Sünde und oft sehr schmerzhaft, sondern es bezahlen auch die Lebensversicherungen nichts, wenn man es getan hat, während den tieftrauernden Hinterbliebenen große Kosten erwachsen. Und es geht trotzdem die Geistlichkeit nicht mit, sondern er wird eingescharrt, wie ein Mensch, der in Gotha verbrannt worden ist, oder ein Freimaurer.

Nein, liebe Ida, das darfst Du nicht! Wir alle im Institut sind in großer Aufregung, seit uns der Herr Religionslehrer davon erzählt hat, und reden schon seit drei Tagen von nichts anderem mehr, als von dem Verlust der Unschuld, und sind ihm sehr dankbar, daß er unsere Aufmerksamkeit auf diese Angelegenheit gelenkt hat, wodurch wir uns in Zukunft vor ähnlichen Gefahren hüten können. Wissen möchten wir nur, wie er es erfahren hat, A. das mit Deiner verlorenen Unschuld, B. das mit dem von Dir vorgenommenen Selbstmord?

Nun muß ich schließen, denn ich habe noch meine neue Religionsaufgabe zu schreiben über „Das Zweikindersystem und dessen Folgen im Diesseits und Jenseits.

Darum lebe wohl. Bleibe am Leben und schreibe mir einmal Näheres über den Fall, namentlich wer und wie es gewesen ist!

Es umarmt Dich Deine Freundin

Mizzi Bimpfinger.

Im Namen des Königs! Aus Friedrichshafen wird gemeldet, daß ein Handwerksbursche den württembergischen König, der sich auf einem Spaziergang befand, angebettelt habe. Der König habe dem Mann 10 Mk. geschenkt. Gleich darauf wurde der Handwerksbursche aber von dem Landjäger, der den Vorfall beobachtet hatte, festgenommen und an das Kgl. Oberamt eingeliefert, das ihn auf 14 Tage „ins Loch steckte!" Der König schenkt dem armen Teufel ein Goldstück, das dem Handwerksburschen zweifellos eine unbändige Freude gemacht haben wird. Das Oberamt steckt den Mann dann 14 Tage ins Loch! Und auch das geschieht „im Namen des Königs", der ihm eine Freude hat bereiten wollen. Daraus läßt sich ermessen, was von den Bureaukraten alles „im Namen des Königs" zusammengesündigt wird.

Gasvergiftung. In Giesenkirchen (Kreis M.-Gladbach) wurde die Familie des Webers Gottmanns infolge einer Gasvergiftung bewußtlos aufgefunden. Der Gummischlauch am Gaskocher war geplatzt. Die 65jährige Frau war bereits tot. Der 60jährige Mann, eine 27jährige Tochter und ein 25jähriger Sohn konnten nach längerer Zeit ins Leben zurückgerufen werden.

Vergiftete Speisen. In Schneidemühl hatten in einem Geschäftshause mehrere Personen zum Abend Bratkartoffeln und Fisch in Gelee gegessen. Bald nach dem Essen stellten sich schwere Vergiftungserscheinungen ein; einer der Erkrankten, der Handlungsgehilfe Schneider, ist bereits gestorben. — In Wollstein in Posen sind bei einem Sommerfest des Bürgervereins nach dem Genuß von Kaffee 20 Personen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Sie mußten alle ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Kaffee soll in einem kupfernen Kessel gekocht worden sein.

Ein guter Fang. Die Kriminalpolizei in Metz verhaftete zwei Hochstapler, die durch außergewöhnlich große Ausgaben im Restaurants und Nachtcafés sich verdächtig gemacht haben. Einer von ihnen, namens Koll oder Kogel, soll in Frankfurt a. M. Scheckfälschungen in großer Höhe begangen haben. Einige tausend Mark in Papier und wertvolle Brillanten wurden bei den Verbrechern noch vorgefunden.

Ein Riesenwerk. Nach 3½jähriger Bauzeit ist gestern die 3600 Meter lange elektrische Drahtseilbahn auf den 2360 Meter hohen Riesen eingeweiht worden. Diese Bergbahn ist die längste Drahtseilbahn der Schweiz und hat eine Steigung bis zu 66 Proz. Der Höhenunterschied zwischen der Teilstation und der Endstation auf dem Riesen beträgt 1650 Meter

Ein Erdbeben ist gestern in Nordtirol wahrgenommen worden, während Südtirol verschont blieb. Der erste Erdstoß war kurz und schwach und wurde um 9 Uhr 20 Minuten verspürt. Die zweite Erschütterung dauerte 5 Minuten und war von einem dumpfen Rollen begleitet. Sie erfolgte 14 Minuten später und war sehr stark fühlbar. Die Leute verließen vielfach fluchtartig ihre Häuser. Bilder fielen von den Wänden, Türen sprangen auf und Fensterscheiben gingen mehrfach in Trümmer. Am stärksten war der Erdstoß im Oberinntal. In Nassereith und Silz stürzten mehrere Zimmerdecken und Schornsteine ein. Mehrere Häuser zeigen klaffende Mauersprünge. Die Bevölkerung von Silz ist von einem panikartigen Schrecken erfaßt.

Schreckenstaten eines Wahnsinnigen. Wie aus Tannwald (Böhmen) gemeldet wird, warf in der Nähe von Eisenbrod ein Mann im Wahnsinn sein jüngstes Kind in einen Topf siedenden Wassers, tötete ein zweites Kind durch Fußtritte, erwürgte seine herbeieilende Mutter und spaltete seinem Vater mit einem Beil den Kopf. Erst nach einiger Zeit gelang es, den Wahnsinnigen zu überwältigen und in die Irrenanstalt Kosmanos zu schaffen. Zwei größere Kinder konnten sich rechtzeitig verstecken.

Furchtbare Bluttat. Nach einer Meldung aus Budapest hat wegen finanziellen Zusammenbruchs der Gutsbesitzer Horvath in Beled bei Ödenburg seine Frau, seinen Schwager, den evangelischen Seelsorger Karsay, und sich selbst erschossen.

„Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe." Die ungarischen Zeitungen melden: Eine junge Frau reichte vor kurzem eine Scheidungsklage gegen ihren der Aristokratie angehörigen Gatten ein und begründete die Klage mit der Untreue ihres Ehegefährten. In der ersten Instanz wurde die Scheidung auch ausgesprochen, die zweite Instanz, die königliche Tafel von Großwardein, nahm jedoch einen anderen Standpunkt ein und wies die Scheidungsklage ab mit der ausdrücklichen Begründung: „Die Lebensweise einer gräflichen Person kann keiner so strengen Beurteilung unterzogen werden, wie die der bürgerlichen Personen." Genau derselbe „Rechtsgrundsatz, den sich auch die deutsche Justiz zu eigen macht.

Seit dreißig Tagen im Schlaf. Im Krankenhause von Alencon befindet sich eine Frau, die seit dreißig Tagen in tiefem lethargischen Schlafe liegt. Sie wird mittels einer in den Schlund eingeführten Röhre ernährt, durch die flüssige Nahrung in den Magen eingeführt wird. Das Sonderbare des vorliegenden Falles ist, daß die Temperatur der Kranken in keiner merkbaren Weise herabgesetzt erscheint, während andere Lethargische gewöhnlich fast so kalt wie eine Leiche sind.

Schweres Eisenbahnunglück in Kalifornien. In der Nähe der Station Metz (Kalifornien) ist ein Expreßzug der Southern-Pacific-Bahn aus bisher noch unbekannten Ursachen entgleist. Der Unfall ereignete sich in einer Kurve; Maschine und Tender stürzten einen steilen Abhang hinunter, die ersten beiden Wagen schoben sich vollständig ineinander, während die übrigen umstürzten und den Abhang hinabrollten. Die Wagen sind vollkommen zerstört. Im ganzen sind 6 Personen getötet und einige 30 mehr oder minder schwer verletzt worden.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 13. Juli.

Bauern-Butter Pfd. — —1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Mk., Hasen — — Mk., Enten 3,50—4,— Mk., Hühner 2,00—2,50 Mk., Küken Stck. 1,20—1,40 Mk., Tauben Stück 0,50—0,60 Pf., Gänse Pfd. — — Mk., Flickgans — Mk., Schinken Pfd. 1,10—1,20 Mk., Schweinskopf Pfd. 55—65 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier 8 Stück 60 Pfg. Heringe St. — Pfg., Dorsche wenig, Süßwasserfische genüg. Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk. Schleie Pfd. 1,50 Mk., Brachsen — Pfg., Hechte Pfd. 60—70 Pf., Barsche Pfd. 60—70 Pfg., Aal Pfd. 0,80—1,00 Mk Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl d. Kopf 0,30—0,40 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. 40—50 Pfg., Kartoffeln pr. 10 Pfund 60—80 Pf., Aland Pfd. — Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 13. Juli.

Weizen, 115—128 Pfd. holl. 150—190 Mk. **Roggen** 119—123 Pfd., neuer holl. 130—143, **Gerste**, nach Qualität 130—140 Mk. **Hafer**, nach Qualität, alter 130—156 Mk. hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 13. Juli.

1. Klasse 330 Drittel zu 115,67 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 28 „ „ 110,32 Mk. „ „

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Dienstag, den 12. Juli.

Lenneck, Kapt. Graut, von Bonef, 4½ T.

Mittwoch, den 13. Juli.

D. Svecia, Kapt. Hallberg, von Sundsvall, 3½ T.
D. Lübeck, Kapt. Lundin, von Kopenhagen, 12 S.
D. Thor II, Kapt. Jörgensen, von Nakskov, 8 S.
D. Fehmarn, Kapt. Schacht, von Fehmarn, 3½ S.
D. Bussard, Kapt. Nachtwey, von St. Petersburg, 3½ T.
D. Wilhelm Lüdke, Kapt. Laasch, von Rostock, 7 S.
D. Anna Kristine, Kapt. Sörensen, von Höganäs, 2 T.
D. Cato, Kapt. Baumgarte, von Kolding, 17 S.
D. Willy, Kapt. Hottendorf, von Kolding, 17 S.

Ellen, Kapt. Karlund, von Wismar, 6 S.
Karen, Kapt. Eriksson, von Räfsö, 6½ S.
Anna Margaretha, Kapt. Klahn, von Neustadt, 1 T.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Dienstag, den 12. Juli.

D. Halland, Kapt. Kollberg, nach Kopenhagen.
D. Expreß, Kapt. Davidsen, nach Flensburg.
D. Ostsee, Kapt. Eiggert, nach Furillen.

Mittwoch, den 13. Juli.

Eben Ezar, Kapt. Rasmussen, nach Burg a. F.
Veda, Kapt. Pahlsson, nach Gothenburg.
Hilma, Kapt. Ohlsson, nach Gothenburg.
Ellen, Kapt. Ohlsson, nach Gothenburg.
D. Primula, Kapt. Nyberg, nach Warnemünde.
D. Meta, Kapt. Lomer, nach Kiel.
D. Seeadler, Kapt. Mews, nach Wismar.

Schiffsbewegungen.

D. Faunus ist Dienstag abend von Stugsund auf hier abgegangen.

D. Juno ist gestern mittag von Rotterdam auf hier abgegangen.

D. Luna ist gestern mittag in Rotterdam angekommen.

D. Harburg ist gestern mittag von Newcastle auf hier abgegangen.

D. Lulea ist gestern vormittag von Lulea nach Herrenwyk abgegangen.

D. Stefani ist gestern mittag von Memel auf hier abgegangen.

D. Stadt Lübeck ist gestern mittag in Memel angekommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck

Der Bär ist da. | **Kaninchen zu verkaufen.** Arnimstr. 46. | 22 Fünfhausen 22. Prima junges **Schweinefl. Pfd. 60 Pf.** | Neue Kartoffeln 10 Pfd. 50 Pfg., 5 Pfd. 25 Pfg., empfiehlt **C. Prestin,** Depenau 13. | **Der Bär ist da.**

Saison-Räumungsverkauf

10 % Preisermäßigung

auf:

Braune Chevreau-, Boxkalf- und Ziegenleder- **Stiefel und Schuhe**
für Damen — Herren — Knaben — Mädchen und Kinder
Segeltuch-Schuhe und Stiefel — Lasting-Haus- und Straßenschuhe — Lasting-Zug- und Schnürstiefel — Tennis-Schuhe und -Stiefel — Turnschuhe — Reform-Turnschuhe — Sandalen — in allen Grössen.

Beachten Sie bitte die Schaufenster.

Ferner gelangen zum Verkauf:

Diverse Restpaare

zu staunend billigen Preisen!

Nur solange noch Vorrat reicht!

Conrad Tack & Cie. Schuhfabrik Burg b. M. Verkaufshaus: **Lübeck: Breitestr. 47.**

Ein Wurstkessel
zu vermieten oder zu verkaufen.
Heinrichstr. 36, I.

Tüchtiger Fachmann
für die Fabrikation von Dichtungsringen für Konservendosen unter guten Bedingungen nach außerhalb gesucht. Ang. u. **P 120** a. d. Exp.

4flammige Petroleummaschine 3 Mk., Papageibauer, Damenhut, wenig getragen, zu verkaufen
Hansastraße 67, II.

Kanarienweibch. kauft jede Anzahl. für 25 Pfg. Adolfstr. 8.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli d. Js. bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:
Lederhosen . . . **2.20**—6.45
Maurerhosen . . **2.60**—6.75
Schlosserhosen . **1.88**—5.25
Überziehhosen . . **1.08**—2.35
Zwirn-Hosen . . **1.68**—3.25
leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Die Krankenpflege im Hause
als neunzehntes Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek ist soeben erschienen. Ein unentbehrlicher Ratgeber für jede Familie, da über Behandlung der Kranken im allgemeinen, Einrichtung der Krankenstube, Hilfeleistung, Lagerung und Reinhaltung des Kranken 2c. wichtige Ratschläge gegeben sind.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Der Bär ist da.

Ernst Diederichs
Brockesstrasse 25 **Ecke Warendorpstrasse**
Grosser Ausverkauf
vom 15. bis 29. Juli.
— **Enorme Preisabschläge auf alle Sachen.** —
Kleiderstoffe — Baumwollwaren,
Aussteuer-Artikel, Woll- und Weisswaren,
Herren-Anzüge, Buckskinhosen, Lederhosen.
Rote Rabattmarken.

J. Mußfeldt, Arnimstraße 2 b, empfiehlt:
Herren-Schnür-, Zug- u. Schnallen-Schuhe und Stiefel, Boxkalf-, Wichs- u. Rindled. 5,50—11,50 Mk.
Damen-Schnürstiefel, Boxkalf und Chevreaux, 5,50—10,50 Mk.
Kinderstiefel, Roßleder, Boxkalf.
Starke Sandalen und Turnschuhe in allen Größen zu bill. Preisen.

Dat Volksfest is nu wedder da!
De Minschen strömt von fern und nah!
Und jeder geiht nu na dem Platz,
Dat is ja mal de olle Satz.
Fründ **Dose** hätt sick ok instellt
Mit sin famoses Beefsteakzelt.
Ok dit Johr sorgt he vör sin Gäst,
Damit se ok wat heppt vun't Fest:
Een groten Seidel köhles Beer,
De Köm up Is — und ok Likör,
Dat schöne Beefsteak ut de Pann —
Mehr kann man faktisch nich verlang'n.
Man immer rinn — Halloh wie geht's?
Bi **Dose** sünd wi fröhlich stets!

Achtung!
Steinsetzer
und Berufsgenossen.
Die Versammlung am Donnerstag fällt auf unbestimmte Zeit aus.
Der Vorstand.

Ich habe mich hier, **Moislinger Allee 2 c, I.,** im Hause der St. Lorenz-Apotheke, als
prakt. Zahnarzt
niedergelassen.
Sprechstunden:
9—1 vorm. u. 3—6 nachm. Sonntags nach Verabredung.
Dr. med. Ernst Schmidt,
Telephon 2390. Arzt und Zahnarzt.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, dem 15. Juli,
abends 8½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. **Arbeiterbewegung in Asien.**
Referent: Dr. N. Krihsnar aus Indien.
3. Wahl der Ortsverwaltung.
4. Wahl von Generalversammlungsvertretern.
5. Wahl des Festkomitees zum Stiftungsfest.
6. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches und präzises Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.
Versammlung
für die Mitglieder der Warenabgabestelle
EUTIN
am Sonntag, 17. Juli,
nachm. 3½ Uhr
bei Herrn Gastwirt **W. Knickrehm.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Antrag des Vorstandes auf Einführung der vollständigen Sonntagsruhe für die Warenabgabestelle Eutin.
3. Genossenschaftliches.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder und bitten wir die geehrten Mitglieder und deren Frauen, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Fackenburg
und Umgegend.
Versammlung
der Hafen- und Transportarbeiter
am Freitag, 15. Juli,
abends 6½ Uhr
im Lokale des Herrn **Paetau in Fackenburg.**
Tagesordnung:
1. Wahlen.
2. Verschiedenes.
Sämtliche Kollegen müssen erscheinen.

Stadthallen-Theater.
Freitag 8 Uhr. 42. Ab.-Vorst.
Die berühmte Frau.
Lustspiel in 3 Akten von Schönthan u. Kadelburg.
Sonnabend 8 Uhr. Außer Ab.
Logen, Parkett 75 Pfg., alle übrigen Plätze 50 Pfg.
Zum letzten Male.
Die Geisha.
Sonntag: **Der Herr Senator.**

Der Bär ist da.